

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



3 / 2008

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de

Prominente Gäste in der Akademie

Zahlreiche prominente Spitzenrepräsentanten der Bundes- und Landespolitik waren in den vergangenen Wochen als Redner zu Gast in unserer Akademie: Von links oben nach rechts unten: Ex-Minister Gerhart R. Baum (S.4), Ministerpräsident Günther Beckstein (S.6), ZDF-Journalist Peter Frey (S.14), Europa-Parlamentarier Ingo Friedrich (S.12), Innenminister Joachim Herrmann (S.5), die bayerische FDP-Chefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB (S.20), SPD-Oppositionsführer Franz Maget MdL (S.20), Jerzy Montag MdB (S.4), Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier (S.3), Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (S.3), EU-Kommissarin a.D. Michaele Schreyer (S.12), FDP-Innenexperte Max Stadler MdB (S.4), Sozialministerin Christa Stewens (S.20), Bayern-SPD-Chef Ludwig Stiegler MdB (S.14), Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel (S.6) und SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz MdB (S. 4). Mehr über diese Gäste und ihre Themen in diesem Heft.



(Fotos: Kietzmann, Schauer, Scheithauer, Scholz)



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Herausforderungen für den Rechtsstaat	3
Toleranz bedeutet nicht Meinungslosigkeit	6
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
Sicherheit ist der Schlüssel	8
Die Verwundbarkeit der Marktwirtschaft	9
Kultur und Politik in Südtirol	11
Europa im Umbruch	12
Macht und Ohnmacht von Politik und Medien	14
<i>Tutzinger Radiotage:</i>	
Lebensrettende Maßnahmen für den Hörfunk	17
<i>Im Akademiearchiv gestöbert:</i>	
Die Ordnung des Freistaats	19
Gerechtigkeit in der „kulturellen Erosionskrise“	20
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
Leidenschaftliches Plädoyer gegen Parallelgesellschaften	23
Kurswechsel in der Zuwanderungspolitik	24
Unzureichende Integration wird teuer	25
Neue GEDOK-Kunstausstellung	27
Europa auf dem Prüfstand	27
<i>Neu im Kollegium:</i>	
Am Starnberger See fehlt ihm nur der Weinberg	28
Pressespiegel	29
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	31
Themen – Tagungen – Termine	32
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	36

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:
Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik
Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Stefan **Köppl**, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte
Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Online-Redaktion: Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:
Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)
Dr. Michael **Schröder**
(Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**
Druck:
Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim
Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking
Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Herausforderungen für den Rechtsstaat

Neue Bedrohungen für Freiheit und Sicherheit

Mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier waren zwei Spitzenrepräsentanten der Bundesrepublik Gäste der Tagung über „Freiheit und Sicherheit“. Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ist ein Grundproblem jeder staatlichen Ordnung. Angesichts neuer Bedrohungen der Sicherheit durch den internationalen Terrorismus bei gleichzeitig zunehmender globaler Vernetzung und Digitalisierung der Kommunikation ist dieses Verhältnis von besonderer Aktualität und Brisanz. Führende Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Justiz und polizeilicher Praxis zeigten Probleme und Perspektiven auf.

Schäuble verwies auf die enormen Freiheitsgewinne durch den fast kompletten Wegfall der Grenzkontrollen in Europa, die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und die damit zusammenhängende Globalisierung. Vor diesem Hintergrund haben sich jedoch die Bedingungen für den Staat verändert, seine



Wolfgang Schäuble: Neubestimmungen der Aufgabenverteilung von Polizei und Militär

Fotos: Schauer/Kietzmann

Kernaufgabe der Gewährung von Sicherheit wahrzunehmen. Der Rückgang sozialer Kontrolle, neue technische Möglichkeiten für global vernetzte Kriminelle und die Unberechenbarkeit von internationalen Konflikten müssen spezifische sicherheitspolitische Antworten nach sich ziehen. Dazu gehört eine stärkere internationale Zusammenarbeit. Es muss dabei

über weitere Möglichkeiten für einen effektiven Informationsaustausch und auch über intensivere, über Europa hinausgreifende Kooperationen gesprochen werden. So müssten herkömmliche Modelle zur Kontrolle von Geheimdiensten, die eine solche Zusammenarbeit erschweren, überdacht werden. Notwendig seien auch Neubestimmungen der Aufgabenverteilung von Polizei und Militär, zumal sich die Grenze von innen und außen aufgelöst habe. Schäuble betonte, dass zur Herstellung von Friedlichkeit und Stabilität das Gemeinschaftsgefühl von eminent wichtiger Bedeutung ist. Integration sei ein Mittel, dieses vor dem Hintergrund immer heterogener werdender Gesellschaften zu erhalten. Die Deutsche Islamkonferenz etwa biete einen Rahmen für einen Dialog, der dazu einen Beitrag leisten kann.

Neue Bedrohungen – neue Fragen

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, betonte, dass der moderne Verfassungsstaat aus einem Wandel des absoluten Staats zum Rechtsstaat hervorgegangen ist, in dem die Philosophie der Freiheit, beispielsweise eines John Locke, sich gegen die Philosophie der Sicherheit von Thomas Hobbes allmählich durchsetzte. Die Sicherungszwecke des Staates waren zunächst auf das elementare Sicherheitsbedürfnis der Menschen gegenüber der Gewalt der Mitmen-

schen und gegenüber äußeren Einwirkungen konzentriert. Im modernen Verfassungsstaat geht es aber zusätzlich um die Sicherheit des Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen, was sich in den Menschen- und Bürgerrechten als Freiheitsrechten gegenüber dem Staat manifestiert. Auch Papier sieht, dass sich vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen und organisierter Kriminalität diese Fragen neu stellen. Er unterstrich, dass der Gesetzgeber, der seine Schutzwürdigkeiten erfüllen will, die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes und das Verhältnismäßigkeitsprinzip zu beachten hat. Bei schwerwiegenden Grund-



Hans-Jürgen Papier: Balance neu justieren, die Gewichte jedoch nicht grundlegend verschieben

rechtseingriffen muss es um den Schutz überragend wichtiger Rechtsgüter gehen und eine hinreichende Eintrittswahrscheinlichkeit einer Schädigung vorliegen. Der Gesetzgeber darf die Balance von Freiheit und Sicherheit neu justieren, die Gewichte jedoch nicht grundlegend verschieben.

In einem Streitgespräch zwischen dem Kölner Staatsrechtler Otto Depenheuer und dem ehemaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum kritisierte Depenheuer eine „fehlende Selbstbehauptungsbereitschaft“ führender Teile der Rechtsprechung und schreiben den Intelligenz gegenüber der terro-

ristischen Bedrohung. Die Freiheitsrechte und der Menschenwürdegrund-satz des Grundgesetzes würden als argumentatives Rüstzeug gegen notwendige Sicherheitsmaßnahmen in Stellung gebracht werden. Sicherheit sei aber nicht „zum freiheitlichen Nulltarif“ zu haben. Durch Freiheitsverzicht sei angesichts der terroristischen



Gerhart Baum: Freiheitsverlust mit dem Sicherheitsgewinn in eine vernünftige Relation setzen

Gefahren aber erst ein Leben in Frieden und Freiheit möglich. Gerhart Baum warf Depenheuer eine Überschätzung der Bedrohung durch Terrorismus vor. Bei Sicherheitsmaßnahmen müsse zunächst danach gefragt werden, ob die Maßnahme überhaupt gebraucht wird. Wenn ja, dann muss der Freiheitsverlust mit dem Sicherheitsgewinn in Relation gebracht werden. Es gebe viele Fälle, wo wir ein Sicherheitsdefizit hinnehmen müssten, um die Werteordnung des Grundgesetzes nicht zu verletzen, wie etwa den

unabwagbaren Menschenwürdegrund-satz. Baum gab zu bedenken, dass die Summe der verabschiedeten Sicherheitsgesetze eine Dynamik entfalteten kann, die die fundamentalen Prinzipien des Rechtsstaats negativ berührt.

Den verfassungsrechtlichen Teil der Tagung beschloss der Verfassungs- und Polizeirechtler Erhard Denninger von der Universität Frankfurt am Main mit Ausführungen über das Thema Prävention und Freiheit. Er sieht mit Blick auf die internationale Rechtsetzung die Entwicklung, dass neben die traditionelle rechtsstaatliche Gefahrenabwehr eine umfassende Risikovorsorge zur Verhütung von internationaler Kriminalität und Terrorismus tritt. Denninger appellierte, dass bei diesen Entwicklungen klare Grenzen zwischen Bürgerfreiheit und Staatsgewalt gezogen werden müssen. Den Bürgern muss in jedem Fall ein Innenraum verbleiben, zu dem die Umwelt grundsätzlich keinen Zutritt hat. Problematisch wird dies, wenn der Sicherheitsanspruch als Grundrecht auf den Plan tritt, denn „Sicherheit ist in sich maßlos und grenzenlos, ist ein nie erfüllbares Ideal, ähnlich wie das Ideal der Gerechtigkeit und Freiheit“.

Entgrenzter Nationalstaat

Führende Parlamentarier des Bundestags diskutierten über „Die Zukunft der inneren Sicherheit“. Dieter Wiefelbüttel, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hob das hohe Niveau der inneren Sicherheit in

Deutschland hervor. Deutschland sei ein sehr freies und gleichzeitig sehr sicheres Land. Maßgeblich sei dafür insbesondere die föderale, dezentrale Organisation der inneren Sicherheit in Deutschland. Die bestehende Sicherheitsarchitektur, so Wiefelbüttel, müsse weiterentwickelt werden, jedoch ohne dabei einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Online-Durchsuchung und Vorratsdatenspeicherung müssten diskutiert werden, die „rote Linie“ des Rechtsstaats sei bei Forderungen nach Todesstrafe, Folter oder „Wegsperrern ohne Richter“ jedoch überschritten.

Der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, Max Stadler (FDP), konstatierte die zunehmende Gefahr eines bedenklichen Strukturwechsels in der wissenschaftlichen und der politischen Debatte nach dem 11. September 2001. Indizien dafür seien Diskussionen über Elemente eines Feindstrafrechtes, beispielsweise über die Relativierung von Verfahrensrechten von mutmaßlichen Terroristen. Außerdem würde teilweise von den bewährten grundrechtssichernden Prinzipien des Polizeirechts abgewichen, wie dem Vorliegen einer konkreten Verdachtslage bei der Vorratsdatenspeicherung.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Peter Altmaier (CDU), betonte den fundamentalen Wandel in den Bedingungen für Sicherheit. Der Nationalstaat habe sich im Rahmen der Zunahme der Mobilität entgrenzt. Außerdem sähen wir eine Beschleunigung im Bereich der



Bundespolitisches Podium zur Inneren Sicherheit: von links die Bundestagsabgeordneten Jerzy Montag, Peter Altmaier, Tagungsleiter Gero Kellermann, Dieter Wiefelbüttel und Max Stadler

technologischen Entwicklung, die vor kurzem noch gar nicht vorstellbar war. Vor diesem Hintergrund muss auf ein internationales Recht hingewirkt werden, welches, anders als momentan, umgehende Maßnahmen bei Gefahren für hochrangige Rechtsgüter ermöglicht. Hinsichtlich der Erhebung von persönlichen Daten plädierte er für die prinzipielle Einrichtung angemessener Schutzmechanismen, durch die jederzeit festgestellt werden kann, ob mit den Daten der Bürger Schindluder getrieben wird oder nicht.

Jerzy Montag, der rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, hob die Konsequenzen der Digitalisierung für den Rechtsstaat hervor. Durch die Masse und Stringenz der erfassten Informationen, die so gut wie problemlos strukturiert und miteinander vernetzt werden können, drohe mittlerweile tatsächlich der „gläserne Mensch“. Man muss, so Montag, aus rechtsstaatlichen Gründen bereits für die Erhebung der Daten enge Voraussetzungen setzen. Die Ausweitung von Datenerhebungen kann in Verbindung mit technischen Neuerungen nämlich dazu führen, dass auch bald soziale Verhaltensweisen erfasst und strukturiert werden können.

Hansjörg Geiger, ehemaliger Staatssekretär im Bundesjustizministerium sowie früherer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes, stellte seine Ideen zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei den steigenden Zahlen von heimlichen Ermittlungsmaßnahmen wie Rasterfahndung und akustischer Wohnraumüberwachung zur Diskussion. Zwar gibt es durch den Vorbehalt der richterlichen Anordnung und Vorschriften über die Benachrichtigung des Betroffenen besondere verfahrensrechtliche Sicherungen. Solange der heimlich Überwachte jedoch von den Überwachungsmaßnahmen nichts weiß, kann er sich nicht dagegen wehren und bleibt in dieser Zeit ohne Rechtsschutz. Da auf der anderen Seite berechtigte Geheimhaltungs-

interessen bestehen, setzt sich Geiger für die Institution eines Bürgeranwalts ein. Dieser könnte die Rechte des Betroffenen von Beginn an wahrnehmen und so die „Waffengleichheit“ zwis-

wenigen Fällen genutzt; im Jahr 2007 kein einziges Mal. Herrmann kündigte auch gesetzgeberische Neuerungen im Bereich des Versammlungsrechts an. Bayern strebe mit Blick auf die Aktivitäten der rechtsgerichteten Szene an, Regelungen für „Versammlungsverbote bei belasteten Daten und Orten“ zu schaffen. Hinsichtlich der Bekämpfung der Jugendkriminalität unterstrich er die Wichtigkeit einer starken Familie und verwies auf das gut funktionierende bayerische System der Jugendämter. Es müsse aber auch, wenn keine anderen Maßnahmen mehr helfen, mit Bedacht über härtere Strafen gesprochen werden.



Jürgen Habermas (links) schaltete sich als Guest der Tagung in die Debatte ein; hier im Gespräch mit Heinrich Oberreuter

schen Strafverfolgungsbehörden und dem Beschuldigten wenigstens annähernd wieder herstellen.

Hassprediger ausgewiesen

Die größte sicherheitspolitische Herausforderung, so der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, sei der islamistische Terrorismus. Bayern habe bereits 50 „Hassprediger“ ausgewiesen. Er plädierte dafür, weitere Rechtsinstrumentarien zu schaffen, damit Sicherheitsbehörden schneller und effektiver arbeiten können: dazu gehöre die Online-Durchsuchung, wobei angesichts der öffentlichen Debatte hervorgehoben werden müsse, dass solche

Maßnahmen nur bei konkretem Anlass einer schweren Gefährdung für Leib und Leben und auf richterliche Anordnung in Betracht kommen. So habe Bayern die Möglichkeiten der akustischen Wohnraumüberwachung nur in



Joachim Herrmann plädierte für neue Rechtsinstrumente zur Kriminalitätsbekämpfung

Bundesanwalt Rainer Griesbaum, Ständiger Vertreter der Generalbundesanwältin und Abteilungsleiter „Terrorismus“, gab Einblicke in die rechtliche und tatsächliche Basis für die Arbeit seiner Behörde auf dem Gebiet des Staatsschutzes. Das Beispiel der Kofferbombeattentäter vom Kölner Hauptbahnhof mache deutlich, dass eine freie Gesellschaft mit freiem Verkehr relativ ungeschützt ist. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass sich der Terrorismus zunehmend virtualisiert: Die entscheidende Kommunikation laufe häufig über das Internet. Es existieren nicht nur reale Ausbildungslager wie in Pakistan, sondern mittlerweile auch virtuelle Ausbildungsräume. Die Konsequenz müsse sein, dass auch die Strafverfolgung virtualisiert wird, also

mit Mitteln wie Online-Durchsuchung und -überwachung ausgestattet wird.

■ *Gero Kellermann*

Siehe Presseschau auf Seite 29

Toleranz bedeutet nicht Meinungslosigkeit

Der 11. Passauer Tetralog zum Verhältnis von Politik und Religion

Bei der Podiumsdiskussion der Akademie im Rahmen der Europäischen Wochen in Passau bekannten sich die Teilnehmer – unter ihnen Ministerpräsident Günther Beckstein – zu einer „Politik aus dem Glauben“, allerdings nicht ohne den Hintergrund der Aufklärung.

Verschiedentlich werde der Vorschlag laut, das „C“ aus den Namen der beiden sich christlich nennenden Parteien zu streichen, so eröffnete Akademiedirektor Heinrich Oberreuter das Podium im überfüllten Audimax der Passauer Universität. „Von Glaube, Hoffnung und Liebe“ lautet in diesem Jahr das Motto der Europäischen Wochen. „Politik aus dem Glauben?“ Diese Frage stellte die Akademie dem prominent besetzten Podium. Es diskutierten Ministerpräsident Günther Beckstein, der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen Bernhard Vogel, der Dekan des Max-Weber-Kollegs der Universität Erfurt Hans Joas und die Publizistin Necla Kelek, ständiges Mitglied der Deutschen Islam-Konferenz.

Unfähigkeit zur Selbstkritik

Individueller Glaube eines Menschen sei jedoch lediglich als persönliche Orientierungshilfe zu verstehen, klare Handlungsmuster lassen sich daraus nicht ableiten, darüber herrschte Konsens auf dem Podium. Der Islam versuche das in allen Lebenslagen, sagte die Muslimin Kelek – Joas hatte ihr vorgeworfen, den Islam zu einseitig zu kritisieren. Necla Kelek sagte, sie sei – wie viele andere auch – „säkulare Muslimin“ und stellte dar, dass eine Auseinandersetzung mit der Heiligen Schrift der Muslime eine Entsakulalisierung derselben bedeute und daher per se verboten sei. Hier setze ihre Kritik an. „Europa ist in solch selbstkritischer

Auseinandersetzung sehr weit, einzelne Muslime sind es auch, doch insgesamt fordert der Islam gerade durch die Unfähigkeit zur Selbstkritik Europa weit heraus, er ist die fundamentalste Herausforderung Europas“, so Kelek. Sie kritisiere dabei nicht einzelne Menschen, sondern „das System Islam, in dem die Lehre einer europäischen Aufklärung völlig fehlt und das bedeutet auch die Verantwortlichkeit für eigenes Handeln“. In Europa sei es selbstverständlich, dass Politiker ihren Glauben nicht vergessen und ihr politisches Handeln damit in Einklang brächten.

Sie forderte von ihren Glaubensbrüdern und -schwestern, dass „die Art der Auseinandersetzung, die Europa mit sich selbst geführt hat und die damit verbundenen kritischen Fragen auch an den Koran gestellt werden“. Sie habe beide Seiten betrachtet und eine große Kulturdifferenz festgestellt, sagte die bekennende „Kulturmuslimin“; ein Begriff, mit dem sie „muslimisch sozialisiert“ meint. In ihrer Hei-



Prominentes Podium im überfüllten Audimax der Passauer Universität: Hans Joas, Günther Beckstein, Moderator Heinrich Oberreuter, Necla Kelek und Bernhard Vogel (von links)

Fotos: Toni Scholz

mat Türkei seien die Gesetze zwar formal säkular, in den Köpfen der Menschen aber werde die Welt von Männern gemacht, die offenbar vor ihren eigenen Trieben durch die Regeln des Koran geschützt werden müssten – eben weil sie nicht eigenverantwortlich und kritisch zu handeln gelernt hätten.

Stellenwert von Religion gewandelt

Der Religionssoziologe Hans Joas widersprach: es bringe nichts, über das Christentum und den Islam zu sprechen. Kelek kollektiviere den Islam, spreche aber eigentlich ausschließlich über türkische Moslems. Diese Sichtweise klammere weltweit andere Ausprägungen aus. „Ich bin außerordentlich optimistisch, dass im 21. Jahrhundert im Islam ein ähnlicher Lernprozess stattfindet wie in den Jahrhunderten vorher in Europa“. Zudem setze Kelek Europa mit „dem Christentum“ gleich. „Was wir wirklich brauchen ist ein interreligiöser Dialog zu der Frage: Was müssen wir tun, damit unsere Handlungen Gott entsprechen?“

Joas hatte zunächst „ein klares Ja“ als Antwort auf die Überlegung, ob religiöse Überzeugungen politisches Handeln motivieren dürften. Und ein „eingeschränktes Nein“ dazu, ob der Staat religiöse Vorstellungen reglementieren dürfe, denn der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat sei zum Schutz der Religionsfreiheit von Minderheiten verpflichtet. Joas konstatierte zudem

Wertbindung des Staates

Ein klares Ja zu politischem Handeln aus persönlichem Glauben heraus formulierte Ministerpräsident Günther Beckstein. „Das heißt aber nicht, dass ich den Kardinal frage, was in einer bestimmten Frage meine Überzeugung



Ministerpräsident Günther Beckstein: „Aus dem Nebeneinander in der Gesellschaft wird zu oft ein Gegeneinander“

zu sein hat“. Für ihn sei diese Frage – „eine der spannendsten überhaupt“ – verbunden mit einer ständigen Suche als evangelischer Christ. Ihn bewege sehr stark die „Gleichheit der Menschen vor Gott und ebenso die Menschenwürde gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes.“

Es dürfe kein Nebeneinander in der Gesellschaft geben, „daraus wird allzu oft ein Gegeneinander“, sagte Beckstein. „Mein Gesellschaftsbild ist weltoffen und tolerant“. Selbst wenn er als Innenminister eine

Ausweisung habe anordnen müssen, stünde letzten Endes auch hinter solchen Entscheidungen ein vergebender Gott, ließ Beckstein einen Blick in das Dilemma schwieriger Entscheidungen eines Politikers zu. Unabhängig von der eigenen christlichen Motivation sei aber ein Staat ohne Wertbindung für ihn nicht denkbar. Das Grundgesetz sähe ohne die Basis des christlichen Glaubens völlig anders aus, der

volle Respekt vor anderen Religionen resultiere daraus. Heutiger christlicher Glaube, so Beckstein, ist untrennbar mit der Aufklärung und dem Humanismus verbunden. Dann griff der Ministerpräsident in die Kiste aktueller politischer Diskussionen: Stellungnahmen zur Stammzellenforschung oder zur Sterbehilfe könnten nur mit Hilfe religiöser Moral diskutiert werden. Und ganz konkret, mit der Zustimmung der Mehrzahl aus dem Auditorium: „Chancengleichheit heißt auch Spitzensförderung für Spaltenbegabte“.

Zur Debatte über den Islam in unserer Gesellschaft meinte Beckstein: „Der Vorwurf darf nicht lauten, es würden zu viele Moscheen gebaut, denn wir sind selbst schuld daran, dass unsere Kirchen verkümmern“. Allerdings müsse islamischer Unterricht in deutscher Sprache und orientiert an den Werten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung stattfinden.

Auch das Christentum habe Probleme mit den Menschenrechten gehabt, sagte Bernhard Vogel, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Demokratische Errungenschaften gebe es in Deutschland erst seit 60 beziehungsweise 20 und nicht etwa seit 350 Jahren. Religion sei jedenfalls auch eine öffentliche Angelegenheit. Er bekannte sich zu „einer Politik als Glaubender“, es gebe nicht eine „christliche Politik, wohl aber Christen in der Politik“.

Moderator Heinrich Oberreuter stellte die Schlussfrage: „Sind wir stark genug, die genannten Herausforderungen zu bestehen und sind wir auch als Christen stark genug zu definieren, wer wir sind und was wir sein wollen, oder können wir nur sagen, was wir nicht wollen?“. Vogel meinte dazu, die europäischen Gesellschaften, auch die deutsche Gesellschaft, seien stark genug, jedoch dürfe die von ihm dringend geforderte Toleranz nicht bedeuten, keine Meinung zu haben, damit sich ein anderer nicht an ihr störe. „Toleranz heißt, die Bereitschaft zu haben, andere Meinungen zu ertragen, aber auch andere zu bitten, uns anzuhören“. ■

Karin Siebert

„Mein Gesellschaftsbild ist weltoffen und tolerant“

Günther Beckstein

eine „epochale Umstellung im Denken“: Die Annahme, je moderner eine Gesellschaft sei, desto mehr verschwinde die Religion aus ihr, sei falsch. „Diese Säkularisierungsthese ist tot“, rief er leidenschaftlich. „Das Gegenteil ist sogar der Fall und nur die Aufmerksamkeit von Intellektuellen und Medien für den Stellenwert der Religion in der Gesellschaft hat sich gewandelt“.

Akademiegespräch im Landtag:

Sicherheit ist der Schlüssel

Israels Ex-Botschafter Avi Primor über Friedensaussichten im Nahen Osten

Zeiten der Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten werden immer wieder von Gewalt auf beiden Seiten unterbrochen. Mit dem früheren israelischen Botschafter in Deutschland, Avi Primor, hatte die Akademie einen Brückenbauer zwischen Israel und Deutschland zum Akademiegespräch eingeladen, um über Frieden in Israel und in der gesamten Region zu sprechen.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit des Staates Israel analysierte Primor zunächst, was in diesen 60 Jahren erreicht wurde: Juden haben einen eigenen Staat und könnten in Würde und Frieden und in einer Demokratie leben. Damit wurden wesentliche Forderungen der zionistischen Bewegung erfüllt. Ferner wurde trotz des anhaltenden Kriegszustands ein modernes Land aufgebaut. Was allerdings nicht erreicht wurde, ist die von Theodor Herzl seinerzeit geforderte Zusammenarbeit zwischen den Arabern Palästinas und den aus Europa zugewanderten Juden. „Ungeachtet aller Enttäuschungen gibt es Chancen auf Frieden“, so Primor.

Keine Sicherheitsgarantie

Zu den Problemen bei den Friedensplänen zählen der Status Jerusalems und die Regelungen über Gebietsräumungen und Landtausch auf demografischen Grundlagen. Über viele Details herrsche Einigkeit, die Bevölkerung ist für Frieden – warum aber lassen sich die vielen Friedenspläne nicht in die Tat umsetzen? Das Hauptelement, so Primor, fehlt: Sicherheit. „Sicherheit ist der Schlüssel und die Palästinenser sind nicht in der Lage, Sicherheit herzustellen und zu garantieren.“ Trotz der Räumung des Gaza-Streifens droht Israel von dort und von anderen Randgebieten aus ständig Gefahr. Die Hisbollah sorgt für immer mehr Raketen. Doch auch die Palästinenser müssten in Würde, Sicherheit und Frieden leben können. Primor erläuterte die Bedeutung von Sicherheit für Israels Friedens- und Kompromissbereitschaft an zwei Beispielen: Israel

habe alle Gebiete an Ägypten zurückgegeben, weil die Regierung in Kairo garantieren konnte, Willen und Mittel zu haben, um Sicherheit zu garantieren. Auch König Hussein von Jordanien konnte überzeugend Sicherheit versprechen und bekam in der Folge alle Gebiete zurück.



Avi Primor forderte eine europäische Friedenstruppe für das Westjordanland

Foto: Schröder

Ein entscheidender Faktor, um die Unterstützung von Terroristen zu unterbinden, sei ein Frieden mit Syrien. Primor fürchtet, man habe Syrien isoliert und sprach sich für eine Umkehr dieses Kurses aus. Syrien habe kein Interesse am Iran, der Hisbollah und einer „Notallianz“ mit Fundamentalisten. Israel hätte durchaus den Willen, die Golanhöhen zurückzugeben und Syrien habe sich immer an Waffenstillstandsregelungen gehalten. Das Problem sei jedoch, dass Syrien auf mehr Anerkennung durch die USA und mehr Unterstützung durch die arabische Welt warte. Vom iranischen Präsidenten Ahmadinedschad geht laut Primor eine erhebliche Gefahr aus. Teheran habe Störpotenzial für arabische Friedenspläne

und möchte die Region und damit 57 Prozent aller Erdölreserven beherrschen. Am Ende könnten nur die USA für Sicherheit in der Region sorgen. In Israel allerdings seien die USA aus innenpolitischen Gründen nicht präsent. Für das Westjordanland aber könnte beispielsweise die EU eine militärische Mission installieren und führen. Dazu könnten NATO-Mitglieder wie die Türkei kommen, die schon aus historischen Gründen ein besonderes Interesse an der Region habe. Diese Friedenstruppe müsse allerdings eine klare und robuste Mission haben und Frieden erzwingen können. Ein anderes Problem sei der Friedenswillen der Palästinenser. Ihrem Präsidenten Mahmud Abbas, so Primor, könne man vertrauen, er sei Realist. Mit der Hamas aber, mit Fundamentalisten, könne man nicht sprechen, da sie Israel bekämpfen und zerstören wollen. Die Spaltung der palästinensischen Politik und Verwaltung ist ein großes Problem. Dennoch gibt es Geheimverhandlungen, die, wenn ähnliche Interessen bestehen, auch erfolgreich sein können. Nicht nur die Bevölkerung braucht Ruhe, die Hamas auch. Hinter den Kulissen spiele auch Ägypten eine konstruktive Rolle.

Viel hängt nach Meinung von Primor auch von der jeweiligen israelischen Regierung ab: Der jetzige Premier Ehud Olmert möchte Frieden mit Syrien, mögliche Nachfolger vielleicht weniger. Entscheidend sei es, die Bevölkerung von der Friedensnotwendigkeit zu überzeugen – nur dann gebe es keine Proteste gegen die Räumungen in Gaza und der Westbank. Einen Bürgerkrieg zwischen Israelis dürfe es nicht geben. Hass als Ursache von Gewalt sei der Grund für den Bau der Mauer zwischen mehrheitlich palästinensisch bewohnten und mehrheitlich israelisch bewohnten Gebieten. Diese Mauer schaffe Frieden, doch die zentrale Aufgabe bleibe, dass alle Menschen in der Region, auch das palästinensische Volk, in Würde leben können. ■

Saskia Hieber

Die Verwundbarkeit der Marktwirtschaft

Folgen des internationalen Terrorismus aus ökonomischer Perspektive

Die Anschläge des 11. September 2001 offenbarten eine neue Dimension des transnationalen Terrorismus: Tausende von Toten und das damit verbundene Leid verbreiteten Schrecken und Panik. Der große materielle Schaden erhöhte die volkswirtschaftlichen Risiken. Der westliche Lebensstil

und der auf internationaler Verflechtung und Arbeitsteilung beruhende Wohlstand wurden bedroht. Militärische Interventionen wie in Afghanistan und Irak sowie umfangreiche interne und äußere Sicherheitsmaßnahmen sollten die Bedrohungen eindämmen, doch schränkten sie auch die Freiheitsrechte ein. Der Ter-

rorismus und seine weltwirtschaftlichen Folgen einerseits und das Spannungsfeld von Freiheitsrechten und notwendigen Maßnahmen zur Risikoabwehr andererseits waren die zentralen Themen einer gemeinsamen Tagung der Akademie für Politische Bildung und der Evangelischen Akademie Tutzing.

Milliardenschäden

Willi Leibfritz, der in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an einer Studie über die weltwirtschaftlichen Folgen der Anschläge 2001 mitarbeitete, gab Entwarnung. Glücklicherweise sei das Ziel des Terroris-



Willi Leibfritz: Ziel des Terrorismus verfehlt
Fotos: Kietzmann

mus, die westlich dominierte Wirtschaftsordnung und damit die Bedingungen der Globalisierung zu schwächen, verfehlt worden. Die wirtschaftlichen Verluste des Anschlages 2001 schätzt die OECD auf etwa 0,25 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Exakt ermitteln ließen sich jedoch nur unmittelbare Schäden wie die an Gebäuden. Allein der Einsturz des World Trade Center ist auf

40 Milliarden US-Dollar beziffert worden. Die indirekten Effekte wie der Einbruch der Aktienmärkte und die Schäden für die Fluggesellschaften seien schwer kalkulierbar, hätten nach



Friedrich Schneider schätzt das Finanzvolumen der organisierten Kriminalität für 2006 auf 790 Milliarden US-Dollar

Schätzungen der Weltbank jedoch mindestens zusätzlich 80 Milliarden US-Dollar betragen. Die mittel- und langfristigen Effekte auf die Konjunktur seien darin nicht enthalten.

Mehrkosten für Sicherheit

Unbeeindruckt von den Terroranschlägen haben sich dennoch in den folgenden Jahren die weltwirtschaftliche Verflechtung und insbesondere die Inter-

nationalisierung von Finanzströmen und Kommunikation vertieft. Dies hätte auch bewirkt, dass sich nach den terroristischen Anschlägen die Märkte schnell wieder beruhigten und das grundsätzliche Vertrauen in die Leistung und Stabilität großer Volkswirtschaften nicht erschüttert wurde. Dennoch hätten sich, so Friedrich Schneider von der Universität Linz, die Transaktionskosten des Handels durch die höheren Sicherheitsaufwendungen verteuert. Die steigenden Budgetdefizite infolge von höheren öffentlichen Ausgaben für Sicherheit oder Militärinterventionen – insbesondere in den USA – seien ein nicht zu unterschätzender negativer Effekt der Anschläge.

Terror und organisierte Kriminalität

Schneider wies auch auf die Verbindung zwischen dem Terrorismus und der organisierten Kriminalität hin, denn ein beachtlicher Teil der terroristischen Aktivitäten werde durch illegale Geschäfte wie den Drogen- (zwischen 30 und 40 Prozent) und Diamantengeschäft (bis zu 15 Prozent) finanziert. Diese Aktivitäten und die Geldwäsche einzudämmen, sei deshalb wichtig im Kampf gegen den Terrorismus. In diesem Zusammenhang sprach sich Schneider für eine Legalisierung des Drogenanbaus in Afghanistan aus. Mit den fallenden Preisen würden auch die enormen Profite für Kriminelle und Terroristen sinken.

Dies sah die Afghanistan-Expertin von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Citha Maass, ähnlich, doch sei ein staatlich kontrollierter Drogenanbau ihrer Ansicht nach derzeit in Afghanistan technisch nicht realisierbar.

Während der Terrorismus „übergeordnete Ziele“ verfolge, ließe sich die organisierte Kriminalität primär von materiellen Interessen leiten, betonte Schneider. Mit einer Mitgliederzahl von 42 000 bis 44 000 Personen in den Jahren 2001 bis 2003 erwirtschafteten die terroristischen Organisationen ein Jahresbudget von etwa 260 bis 300 Millionen US-Dollar. Dagegen schätzt er das Finanzvolumen der organisierten Kriminalität allein im Jahr 2006 auf 790 Milliarden US-Dollar.

Grundrechte bewahren

Neben Maßnahmen gegen die kriminellen Finanzquellen sei – nach Ansicht Schneiders – der Bedrohung der Weltwirtschaft durch Terrorismus langfristig nur entgegenzutreten, wenn die Armut besonders in Ländern mit fundamentalistischen Religionen bekämpft würde. Integrative Maßnahmen zum Schutz von nationalen Minderheiten sollten dies ergänzen. In den westlichen Industriegesellschaften gelte es, die demokratischen Grundrechte zu bewahren, denn ihre übermäßige Einschränkung zerstöre die Substanz demokratischer Gesellschaften, was letztlich auch ein Ziel des Terrorismus sei.

Weitere schwer abschätzbare ökonomische Effekte des Terrorismus sind die neu initiierten Sicherheitsmaßnahmen, die teilweise erhebliche Verzögerungen und damit Einbußen im Transportwesen und Infrastrukturbereich nach sich zögern. Eine exponierte Stellung kommt dabei dem Flugverkehr zu. Michael Kerkloh, Geschäftsführer der Münchner Flughafen GmbH, verwies darauf, dass sein Unternehmen allein im Jahr 2007 knapp 30 Millionen Euro für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen ausgegeben habe. Bei insgesamt etwa 30 000 Beschäftigten arbeiteten nunmehr rund 15 Prozent im Sicherheitsbereich. Während der überwiegende Teil der Kosten über erhöhte Gebühren von den

Fluggästen aufgebracht würde, sah Kerkloh den Schutz der inneren und äußeren Sicherheit als alleinige Aufgabe des Staates an.

Nach den Anschlägen 2001 drängte sich die Frage auf, ob die Folgen terroristischer Anschläge versichert werden können. In Deutschland wurde 2002 eine eigene private Versicherung, die „Extremus AG“ gegründet. Vorstandsmitglied Dirk Harbrücker machte deutlich, dass bei Abschluss einer Terrorversicherung die „Extremus AG“ Sachschäden (nur Risiken über 25 Millionen Euro) von bis zu zwei Milliarden Euro im Jahr abdecke, wo-



Citha Maass: Exportschlager Opium in Afghanistan

bei der Staat zusätzlich eine Gewährleistung von acht Milliarden Euro übernehme. Ausgenommen seien Verluste durch Bürgerkrieg, Aufruhr, innere Unruhen, ABC-Waffen und Computerviren. Einige Länder hätten zwar aufgrund ihrer „Terrortradition“ wie Spanien und Israel schon frühzeitig Versicherungen eingeführt, die Mehrzahl indes erst nach 2001. In den meisten Ländern gelte im Gegensatz zu Deutschland die unbegrenzte Deckung seitens des Staates.

Globale Propaganda

Das vorrangige Ziel des internationalen Terrorismus ist nach Gunther Schmid nicht nur der Westen. Es sollen auch Veränderungen bei den „gottlosen Regimen“ in islamischen Ländern erreicht werden und die Regie-

rungen gestürzt werden. Beim neuen religiösen Terrorismus gehe es nicht darum, die Eliten zu treffen, sondern die Gesamtgesellschaft. Die Mittel seien Hass und Gewalt und die Nutzung globaler Kommunikationsmöglichkeiten, durch die die Taten weltweit propagiert werden. Hierzu gibt es keine globale Strategie und auch keine weltweite Organisation. Al Quaida ist vielmehr eine internationale Aktionsplattform, die den Feindbegriff verabsolutiert hat und die Anwendung aller Mittel – auch von ABC-Waffen – erlaubt.

In diesem Zusammenhang bekommt der Diaspora-Islam eine immer größere Bedeutung. Es gebe immer mehr Djihadisten mit europäischen Pässen: In der Diaspora fehlen oft kulturelle Identitäten und religiöse Autoritäten, die eine Hinwendung zum Radikal-Islam auffangen könnten. Die neuen Gefahren erfordern eine langfristige politische Auseinandersetzung und eine Debatte mit noch nicht ausgewogenen Minderheiten.

Citha Maass beschrieb Afghanistan sowohl als Binnenstaat, als auch als klassisches Transitland. Insbesondere im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet ist Schmuggel von Waffen, Drogen und Bauholz verbreitet. Die ansässigen Paschtunenstämme haben ihre Sommerweiden in Afghanistan und die Winterquartiere im heutigen Pakistan und bewegen sich entlang jahrhundertealter Schmuggelrouten. Der „Exportschlager“ ist zweifellos Opium; der Rauschgifthandel macht fast ein Drittel der Gesamtwirtschaft aus und wird auf weit über drei Milliarden US-Dollar geschätzt. Afghanistan hält den traurigen Rekord, rund 92 Prozent des Welt-Rohopiums zu produzieren. Zunehmend verlagert sich die Wertschöpfung, also die Weiterverarbeitung zu Heroin, wieder nach Afghanistan. Der Opiumhandel unterstützt nicht nur Terroristen, militante Taliban und die organisierte Kriminalität. Er ist auch politischer Sprengstoff, fördert die Destabilisierung der Region und behindert die Entwicklung in Afghanistan. Die Machtkämpfe bewirken soziale Fragmentierung und ethnische Polarisierung und schwächen staatliche Institutionen weiter. Eine

zusätzliche Eskalationsgefahr bergen die im Zuge der Wahlen 2009 zu erwartenden Manipulationen und Machtkämpfe. Die EU muss die Aufbauprogramme besser verzahnen und versuchen, den Einfluss des Iran zu kontrollieren.

Netzwerk zerstört

Die Reform des Sicherheitssektors geht weit über Militärisches hinaus und ist auch durch die Entwicklung in Afghanistan angeschoben worden. Der frühere Bundeswehrgeneral Horst Schmalfeld erläuterte, wie die Sicherheit im globalen Wandel einen Paradigmenwechsel im Schutz der Sektoren Staatswesen, Wirtschaft und Kultur bewirkt hat. Zwar sind die Netzwerke zerschnitten, doch der Terrorismus nutzt die Globalisierung und bedroht in individualisierten Gruppen die Datenverarbeitung, Energieversorgung und Handelsstrukturen.

Internationale Kooperation und das Erkennen der Ursachen von Terrorismus sind erste Lösungsansätze. Vor allem aber muss Terrorismus bereits im Vorfeld unterbunden und durch Fahnungs- und Ermittlungsdruck gestört werden. Ein Ansatz sind die neuen ressortübergreifenden Terrorismusabwehrzentren. Hier ist allerdings die supranationale Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zu verbessern.

Bei der Abschlussdiskussion bestand Einigkeit über die Bedeutung der Ursachen von Terrorismus. Ein unlösbares Problem scheint die Kluft zwischen westlichen Wertvorstellungen und arabischen Ehrbegriffen zu sein. So sei es nicht immer sinnvoll, westliche Ideen bezüglich der politischen Partizipation von Frauen machtvoll umzusetzen. Interkultureller Dialog und Ausbildung seien dagegen unverzichtbar, um den Terrorismus vor Ort zu bekämpfen. Der Westen werde sich an weniger Sicherheit gewöhnen müssen, wenn er nicht die Freiheit erheblich einschränken wolle. ■

Saskia Hieber/Wolfgang Quaisser

Kultur und Politik in Südtirol

Personalseminar der Akademie führte nach Brixen und Bozen

Ganz im Zeichen des beginnenden Landtagswahlkampfes in Südtirol stand das diesjährige Personalseminar der Akademie in Brixen und Bozen. Bei einem Besuch im Landtag erläuterte der Fraktionsvorsitzende der Südtiroler Volkspartei (SVP), Walter Baumgartner, die schwierige Ausgangslage seiner Partei nach den Verlusten bei der italienischen Parlamentswahl. Politische Beobachter gehen davon aus, dass die SVP Mandate zugunsten kleinerer Parteien und Bürgerlisten verlieren wird. Bislang hält sie 21 von 35 Mandaten im Landesparlament. Neben geschichtlichen und kulturellen Themen standen die Schul- und Bildungspolitik in der zweisprachigen Autonomen Provinz Bozen sowie die Zukunft des Brennerbasistunnels und des Alpentransitverkehrs im Mittelpunkt des Programms, das mit freundlicher Unterstützung der Cusanus-Akademie Brixen durchgeführt wurde. ■ MS



Am Ende gab es Kränze und Ketten aus Kaminwurzn für die Leitung: Renate Heinz und Michael Schröder



Der Fraktionsvorsitzende der Südtiroler Volkspartei (SVP), Walter Baumgartner (vorne, 2. von links) empfing die Tutzinger Besuchergruppe im Bozener Landtag
Fotos: Köpli/Wolf

Europa im Umbruch

Perspektiven der neuen Nachbarn

Politiker und Wissenschaftler diskutierten in einer gemeinsamen Fachtagung des neu gegründeten Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa Regensburg und der Akademie zentrale Fragen der europäischen Politik. Im Mittelpunkt stand die Analyse der Folgen der Erweiterung, die mit der Aufnahme von 12 neuen Ländern das Gesicht der Europäischen Union deutlich verändert hat. Weitere Schwerpunkte der Konferenz waren die Beitragsperspektive für den Balkan und die Ukraine sowie die Frage, wie die Beziehungen zu den vielen neuen Nachbarn in Ost- und Südosteuropa zu gestalten seien. Die Tagung im Regensburger Wissenschaftszentrum stieß mit über 100 Teilnehmern auf reges Interesse.

Die Osterweiterung ist aus ökonomischer und sozialer Sicht insofern eine Herausforderung, als die Union nicht nur größer, sondern auch heterogener geworden ist. Die enormen Unterschiede hinsichtlich Einkommen und Produktivität riefen vielfältige Befürchtungen in der Bevölkerung hervor. Erwartet wurden unter anderem negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und wachsende Migrationsströme. Gerhard Untiedt von der Technischen Universität Clausthal zerstreute diese Befürchtungen. Seine Studie zeigte, dass die Erweiterung sogar zu Wohlfahrts- und positiven Beschäftigungseffekten geführt habe.

Motor Außenhandel

Der dynamisch wachsende Außenhandel und die Direktinvestitionen erwiesen sich dabei als der treibende Motor. Künftig würde die EU-Kohäsionspolitik die Wirtschaftsdynamik der neuen Mitgliedsstaaten (NMS) noch zusätzlich unterstützen. Für Deutschland sei diese Region insgesamt zum wichtigsten Handelspartner mit hohen eigenen Exportüberschüssen aufgestiegen. Die deutschen Übergangsregelungen hinsichtlich der Arbeitnehmerfreiheit hätten die Migrationsströme nach Großbritannien und Schweden umgelenkt. Auch ohne Beschränkungen werde sich aber der Wanderungsdruck aus den neuen Mitgliedsländern nach Deutschland nicht dramatisch erhöhen, zumal steigende Löhne in den NMS künftige Zuwanderungen dämpfen.

Konvergenz der Einkommen

Jürgen Jerger, Direktor des Osteuropa-Instituts Regensburg, wies darauf hin, dass sich die wirtschaftlichen Effekte

tensiveren Handel mit Niedriglohnländern als durch den technologischen Wandel verursacht. Obwohl die NMS ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum aufwiesen, müsse mit einem Jahrzehntelangen Konvergenzprozess der Einkommen gerechnet werden.

Auch die Institutionen und Politikbereiche der Union sind herausgefordert. Kann die Union die Vertiefung und Erweiterung weiterhin im gleichen Maße vorantreiben, oder stoßen wir an unsere Grenzen? Dies waren die zentralen Fragen der Diskussion zwischen Michaela Schreyer, der ehemaligen EU-Kommissarin für Budgetfragen, und dem CSU-Europaparlamentarier Ingo Friedrich. Während Friedrich einen „eingebauten Gegensatz“ zwischen schneller Erweiterung und Vertiefung diagnostizierte und einen EU-Beitritt der Türkei höchstens langfristig für möglich hielt, betonte Frau Schreyer, dass es der EU schon immer gelungen sei, Vertiefung und Erweite-



Michaela Schreyer, ehemalige EU-Kommissarin für Budgetfragen, und der CSU-Europaparlamentarier Ingo Friedrich: Kontroversen um zukünftige EU-Erweiterungen

Foto: Scheithauer

der Osterweiterung aufgrund der Liberalisierungen im Handel und Kapitalverkehr schon weitgehend vor der Mitgliedschaft eingestellt hätten. Zudem werde die höhere Arbeitslosigkeit für das gering qualifizierte Segment des Arbeitsmarktes weniger durch den in-

rung miteinander zu verknüpfen. Allerdings seien die Anforderungen an eine EU-Mitgliedschaft gewachsen und die EU werde künftig – dies gelte insbesondere für die Türkei – sehr viel stärker die Beitrittskriterien überprüfen. Zudem habe sich mit dem Vertrag

von Lissabon die Union endlich auch institutionell auf die neue Situation eingereichtet. Den Vorschlag von Ingo Friedrich, einigen Staaten von der Ukraine bis zur Türkei und Armenien ohne unmittelbare Beitrittsperspektive eine „Osteuropa-Union“ als langlebiges Zwischenstadium auf dem Weg zu einer – fernen – Mitgliedschaft anzubieten, beurteilte Schreyer eher skeptisch. Aufgabe sei es eher, diese Länder mit den bestehenden Instrumenten der Nachbarschaftspolitik einzubinden.

Konflikte bei Klimapolitik

Kontroverse Diskussionen ergaben sich nach dem Vortrag des ehemaligen stellvertretenden Premier- und Finanzministers sowie Zentralbankchefs Polens, Leszek Balcerowicz. Er machte deutlich, dass die EU das Wirtschaftswachstum seiner Mitglieder durch den Abbau von Handelsschranken und die Vertiefung des Binnenmarktes fördere. Restriktive Ziele der EU-Umweltpolitik könnten aber das Wirtschaftswachstum der ärmeren EU-Mitgliedsländer behindern. Die EU berücksichtigte nicht, dass Polen ähnlich wie Ostdeutschland im Zuge der Transformationskrise enorme Emissionsminderungen erzielt habe und nunmehr ähnlich wie Spanien in den vergangenen Jahrzehnten ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum erreichen müsse.

Michaële Schreyer erwiderte, dass Klima- und Umweltpolitik angesichts der globalen Effekte und der Verknappung der Energieressourcen auch bei ärmeren EU-Ländern schon aus Eigeninteresse Bestandteil der Wachstumsstrategie sein müsse. Angesichts der neuen Situation dürften Wachstum und Umweltpolitik keine Gegensätze mehr sein. Jürgen Jerger wies auch darauf hin, dass im Rahmen des europäischen Binnenmarktes eine EU-weite Regulierung in der Umweltpolitik sinnvoll sei.

Herbert Küpper vom Institut für O斯特recht kam zu dem Ergebnis, dass viele Verfassungen der NMS – am deutlichsten diejenige Ungarns – hinsichtlich

ihrer inneren Rechtslogik „Schönheitsfehler“ aufwiesen, die aus der sozialistischen Verfassungstradition vererbt seien, jedoch das gemeinschaftsrechtliche Homogenitätsprinzip der EU nicht tangieren würden. Die in einigen Verfassungen angeführten sozialen Grundrechte seien in ihrer Formulierung geeignet, sich als Einfallstor für Freiheitsbeschränkungen zu erweisen. Zudem könnten sich „sozialistische Institute in der Justiz“, insbesondere die weite Kompetenzausstattung der Staatsanwaltschaften, als potenzielle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit erweisen. Noch gravierender seien Sonderregelungen im Bereich der Eigentumsordnung wie Beschränkungen beim Kauf von landwirtschaftlichem Boden, wo Abweichungen gegen den EU-Vertrag nicht ausgeschlossen seien.

Die stark ausgeprägten Unterschiede innerhalb des östlichen Europa auch jenseits der Frage, welche seiner Länder bereits Mitglieder der EU geworden sind, traten auch im weiteren Verlauf der Tagung wiederholt hervor. Daniel Göler von der Universität Bamberg erläuterte für Südosteuropa die Phänomene von Landflucht und Verödung weiter Bergregionen. Die Außenmigration in die (alte) EU sei zwar fallweise stark ausgeprägt. Ihr Gesamtausmaß wurde aber – wie schon bei Gerhard Untiedt angeklungen – in der EU überschätzt. Außerdem trete die inzwischen parallel zur Emigration ablaufende Remigration als wichtiges Phänomen hervor, das die Gesellschaften im Osten wesentlich stabilisiere.

Schwächen in Kroatien

Mit Kroatien und Makedonien beschäftigte sich die Tagung mit zwei ungleichen offiziellen Beitrittskandidaten zur EU. Tomislav Marsic von der Stiftung Wissenschaft und Politik umging in seinem Vortrag die stabile Wirtschaftsentwicklung Kroatiens nicht, richtete das Augenmerk jedoch vor allem auf bestehende Problemfelder in den Bereichen von Politik, Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit. Diese Schwächen sollten laut Marsic unbedingt vor einem Beitritt zur EU erfolgreich angegangen worden sein, denn die bis-

herigen Erweiterungen der Union zeigten, dass spätere Korrekturen kaum mehr durchzusetzen seien.

Die strategische Absicht der EU, über die Beitrittsperspektive den westlichen Balkan dauerhaft zu befrieden und zu stabilisieren, trat demgegenüber in den Ausführungen Robert Pichlers (Universität Graz) zu Makedonien deutlich hervor. Allerdings komme es im Rahmen der in Sachen politischer Stabilisierung durchaus erfolgreichen intensiven Begleitung der innermakedonischen Entwicklung durch die EU seit dem Abkommen von Ohrid 2001 in der Praxis auch zu unerwünschten Nebeneffekten, wie einer Unterfütterung von Klientelismus und von systematischer Ethnisierung der Politik mit Geldern der EU.

Zwischenraum Ukraine

Eine eigene Runde beschäftigte sich mit der Ukraine. Katrin Boeckh vom Osteuropa-Institut Regensburg lokalisierte die Ukraine historisch und geopolitisch als „Zwischenraum“ zwischen Ost und West, was letztlich auch die Probleme der „Selbstfindung“ und der geopolitischen Positionierung erkläre.

Volkhart Vincentz (Osteuropa-Institut) fokussierte seinen Beitrag auf wirtschaftliche Fragen, insbesondere der ökonomischen Beziehungen zu Brüssel. Die große Skepsis der EU, für die Ukraine eine EU-Beitrittsperspektive zu eröffnen, spiegelte sich in den Sonderabkommen mit Kiew wider. Diese gingen über Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und jüngst vorgenommene „neue vertiefte Abkommen“ nicht hinaus. Letzteres beinhaltete ein Freihandelsabkommen mit der zusätzlichen Verpflichtung zur Übernahme von weiten Teilen des *Acquis Communautaire*, also des gemeinsamen Rechtsstandes der EU. ■

*Konrad Clewing/
Wolfgang Quaisser/
Michael Scheithauer*

Macht und Ohnmacht von Politik und Medien

Journalisten und Parlamentarier diskutieren bei der ersten Tagung der Akademie in Oberfranken über die Auswüchse der Mediendemokratie

Prominente Politiker und Journalisten wie Ludwig Stiegler (SPD) und Peter Frey (ZDF) diskutierten die Frage nach Macht, Einfluss und Gestaltungsspielraum von Politikern und Journalisten in unserer Mediendemokratie, in der sich Politik und Show, Information und Unterhaltung immer mehr vermischen. Wieviel Macht und Einfluss haben Journalisten auf Politik? Welchen Gestaltungsspielraum haben Politiker überhaupt noch in der Mediendemokratie? Wer setzt die Themen auf die Tagesordnung? Antworten gab es auf der ersten Akademietagung in Oberfranken auf Schloss Thurnau bei Kulmbach. Damit eröffnete die Politische Akademie eine ganze Reihe von Veranstaltungen in den bayerischen Bezirken.

Der Chef der BayernSPD, Ludwig Stiegler, kommt mit der Talkshow-Demokratie gut zurecht: „Man kann über Talkshows abstürzen aber auch medial aufsteigen.“ Sie seien zwar kein Ersatzparlament, aber für den Transport politischer An-

einandersetzung und den inszenierten Streit.“ Stiegler betonte, er habe sich nie um einen Auftritt in einer Talkshow beworben. Talkshows seien anstrengend und mit einer Prüfungssituation vergleichbar. „Talkshows sind wichtig, weil sie Menschen erreichen.“



Wolfgang Klein: Politiker in Talkshows nicht als hilflose Idioten vorführen



Ludwig Stiegler: „Die Menschen wollen den inszenierten Streit“



Peter Frey: Im Rennen um die beste Nachricht geht leider oft Schnelligkeit vor Sorgfalt

gierungsstil unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer.“ Klein plädierte dafür, Politiker in Talkshows nicht als hilflose Idioten vorzuführen. „Wer sich wirklich informieren will, soll lesen und keine Talkshows gucken!“ Die Zusammensetzung einer Gästerunde folge der Frage, welche Konstellation die spannendste Sendung verspricht, nicht wer am besten über das Thema Bescheid wisse.

Souveränitätsverlust

Peter Frey, Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, kritisierte das politische Spiel einiger Verlage und Redaktionen und beklagte Einseitigkeit in der Berichterstattung: „Medien definieren ihre politischen Standpunkte und es besteht die Gefahr, dass Politik unter dem Druck der Medien an Souveränität verliert.“ Im Bundestagswahlkampf 2005 habe es eine mediale Front gegen die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder gegeben. Er warnte ausdrücklich vor einem Wettbewerb, in dem es darum geht, welche Partei zuerst dem Druck einer Medienkampagne nachgibt und auf populäre Forderungen aus den Medien eingeht.

sichten unverzichtbar. Während bei Versammlungen in Wirtshäusern nur wenige Menschen erreicht werden, seien es bei Talkshows Millionen. Sie leisten vor allem die notwendige Reduktion von Komplexität. Als Gast in einer Talkshow spielt man eine bestimmte Rolle und setzt kalkuliert das Mittel der Überspitzung ein, um seine eigene Klientel bei Laune zu halten: „Die Menschen wollen die öffentliche Aus-

Wolfgang Klein, früher Redaktionsleiter bei „Sabine Christiansen“ und jetzt bei „Maybrit Illner“, ist der Meinung: „Die Menschen haben sich satt gesehen.“ Heute gebe es einen Überdruss an Politikerrunden. Der große Erfolg des Polittalks falle nicht zufällig zeitlich zusammen mit dem Beginn der ersten rot-grünen Bundesregierung nach Kohl: „Es gab viele unverbrauchte, frische Köpfe und einen neuen Re-

Frey befürchtet, dass der Wettlauf um die Gunst der Medien in Zukunft noch zunehmen werde. Aber auch die Medien sind in Gefahr, von der Politik fremdbestimmt zu werden. Journalisten stehen unter enormem ökonomischen Druck. Im „Rennen um die beste Nachricht“ gehe leider allzu oft „Schnelligkeit vor Sorgfalt“. Medien könnten von der Politik durch die Macht der Bilder und ihrer Inszenierungen fremdbestimmt

werden. Er verwies auf die Bilder aus Heiligendamm im Rahmen des G8-Gipfels im vergangenen Sommer. Damals sei die Macht der Bilder größer gewesen als der politische Inhalt der Gespräche.

Der Bamberger CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk beobachtet einen „Trend zur Verrohung und Verflachung“ in den Medien. Prominente Köpfe aus der ersten Reihe seien gefragtere Gesprächspartner als Spezialisten aus den hinteren Reihen des Parlaments. Andererseits seien Politiker auf die Vermittlung angewiesen, denn „wir wollen ja nicht im Verborgenen wirken“. Schlagzeilen seien schnell zu produzieren: „Ich muss nur den Rücktritt meines eigenen Parteivorsitzenden fordern“, sagte Koschyk bezüglich der CSU-Krise im Vorfeld des Stoiber-Rücktritts im Januar 2007.

Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner setzte sich kritisch mit der „Zeitung mit den großen Buchstaben“ auseinander, die leider trotz mehrfacher Einladung kein Mitglied der Chefredaktion nach Thurnau entsenden wollte. Kastner warf ihr vor, ein „Meinungsbild von der verheerendsten Sorte“ zu schaffen, das junge Leute immer mehr vom Parlament und der Demokratie entfremde. Die SPD-Politikerin vermisst bisweilen eine verantwortungsvolle Berichterstattung über die Parlamentsarbeit in den Medien. Sie führte zur Illustration das geringe Medieninteresse anlässlich der Feierstunde im Gedenken an die Verabschiebung des Ermächtigungsgesetzes vor 75 Jahren im Deutschen Bundestag an.

Politisierung des Boulevard

Deutschlands populärstes Boulevardblatt BILD hat in den letzten Jahren seinen Politikanteil deutlich erhöht. Nach Meinung des Mainzer Kommunikationswissenschaftlers Carsten Reinemann steckt dahinter eine Überlebensstrategie in Zeiten der Krise des Boulevardjournalismus: „Guter Boulevard ist immer auch außerparlamentarische Opposition und das Sprach-



Hartmut Koschyk: Schlagzeilen sind schnell zu produzieren



Susanne Kastner vermisst bisweilen eine verantwortungsvolle Berichterstattung über die Parlamentsarbeit

Fotos: Scheithauer



Carsten Reinemann: Wechselhaftigkeit der BILD-Kampagnen je nach Stimmungslage

rohr des kleinen Mannes.“ In den letzten Jahren habe es eine immer deutlichere Verschiebung zu Gunsten einer wertenden Berichterstattung gegeben. „Am häufigsten wird Ärger und Wut angesprochen: „Benzin-Wut“ und „Strom-Wut“.“

Reinemann hat beobachtet: „Die Politik wird in den Medien immer mehr für die Entstehung von Konflikten verantwortlich gemacht, nicht für deren Lösung!“ Es entstehe ein gefährlicher antipolitischer Effekt durch immer stärkere Kontrastierung von politischer Klasse und Normalbürgern („Ihr da oben füllt Euch die Taschen, wir hier

„Die Politik wird in den Medien immer mehr für die Entstehung von Konflikten verantwortlich gemacht, nicht für deren Lösung!“

Carsten Reinemann über die Berichterstattung der Bild-Zeitung

unten leben von Hartz IV“). Die Politikerverdrossenheit nehme zu. Die Strategie der BILD zeichne sich aus durch Personalisierung, Skandalisierung, Emotionalisierung und Wiederholung. Nachricht und Kommentar würden immer stärker verschmelzen. Reinemann sieht eine populistische Politisierung und eine wachsende Bedeutung von BILD als politischer Akteur. Er lieferte Belege für die schnelle Wechselhaftigkeit der BILD-Kampagnen je nach Stimmungslage in der Bevölkerung. Eine klare Linie sei nicht erkennbar.

Rückkehr zur Ernsthaftigkeit

Der frühere Hauptstadtkorrespondent der Frankfurter Rundschau und jetzige Sprecher des Berliner Senats, Richard Meng, sieht in Politik und Medien eine Rückkehr der Ernsthaftigkeit. Viele Politikinhalte ließen sich in den Medien nur sehr schwer darstellen

(Föderalismus- oder Bahnreform). Man sitze im gemeinsamen Boot des Diktats der öffentlichen Meinung. Die Politik dürfe sich nicht von modischen Strömungen leiten lassen, die schnell schwanken und sich drehen: „Wer Journalismus ernsthaft betreiben will, muss dicke Bretter bohren.“ Meng riet zu mehr Skepsis gegenüber der Sprunghaftigkeit in Politik und Medien: „Es ist mehr Substanz anstelle von Effekthascherei notwendig!“

Vermischung von Unterhaltung und Politik

Der Hofer CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Peter Friedrich sieht die Medien als Lautsprecher, Verstärker und manchmal auch Verzerrer zwischen Politik und Bevölkerung. Politiker müssten bei allen Handlungen die Medienwirkung berücksichtigen und er erkennt eine weitere Spiraldrehung



Das malerisch gelegene Schloss Thurnau bei Kulmbach war Ort der ersten Akademietagung in Oberfranken

Fotos: Scheithauer



Politik und Medien im Gespräch: (von links) Peter Rauscher (Nordbayerischer Kurier), Hans Peter Friedrich MdB, Richard Meng (Berliner Senatssprecher) und Wolfgang Vichtl (Studioleiter Bayerischer Rundfunk, Berlin)

und Beschleunigung der Mediengesellschaft: „Heute gibt es eine Vermischung von Show, Unterhaltung und Politik.“ Themen würden gleichermaßen von Journalisten und Politikern auf die Tagesordnung gesetzt und bestimmt und es gebe auch dabei ein kalkuliertes Zusammenspiel. Macht der Medien zeige sich dort, wo nur wenige Journalisten über ein Thema berichten und die Macht der Interpretation besitzen. Die größte Ohnmacht der Politik bestehe darin, manche komplizierte Politikinhalte nicht mehr verständlich in die Öffentlichkeit transportieren zu können.

Wolfgang Vichtl, Studioleiter des Bayerischen Rundfunks in Berlin, sieht sich als Dienstleister für das Publikum: „Ich möchte Politik nicht beeinflussen, sondern erklären.“

Bestärkt wird er in dieser Ansicht von Peter Rauscher, dem Politikchef des „Nordbayerischen Kurier“ aus Bayreuth. Er setzt auf die lokale und regionale Kompetenz der Tageszeitung, sieht aber auch nur begrenzten Einfluss

auf Politik im Online-Zeitalter: „Zeitungen können beim Wettlauf um die Geschwindigkeit nicht mit dem Internet mithalten.“ Stattdessen müssten lokale Medien nachhaltig arbeiten und auf fundierte Hintergrundberichterstattung setzen: „Es gibt den ausgeprägten Wunsch der Leser, dass wir ihnen alles erklären.“ ■

Michael Schröder/
Michael Scheithauer

Siehe Presseschau auf Seite 29-30

Lebensrettende Maßnahmen für den Hörfunk

Das Zuhören ist wieder beliebter in unserer schnelllebigen Welt voller bewegter Bilder und multimedialer Reize. Doch das Radiogerät schalten dazu immer weniger Menschen an. Podcasts und Hörbücher boomen. Neue Radiokonzepte sind gefordert. 50 Hörfunkjournalisten aus ganz Deutschland diskutierten die Zukunftsperspektiven des alten Mediums Radio in einer Zeit der multimedialen Konkurrenz – vor allem im und durch das Internet. Die Grenzen zwischen Radio, Fernsehen und Internet einreißen, Multimedialität zum Prinzip erklären und die Hörer am Programm beteiligen – darin sehen die Experten die Zukunft des Radios. Partner der Tagung war das Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wie man junge Hörer gewinnt, zeigt die Redaktion von DASDING. DASDING ist das trimediale Programm des Südwestrundfunks (SWR) für Jugendliche und junge Erwachsene. Das Redaktionsteam ist im gleichen Alter wie seine Zielgruppe: zwischen 18 und 29 Jahren. Die jüngste professionelle Medienredaktion Deutschlands produziert rund um die Uhr ein werbefreies Vollprogramm im Radio, eine eigene Fernsehsendung und die Internetseite www.dasding.de mit der DASDING Community. Täglich werden 210 000 Hörer erreicht, die im Durchschnitt 26 Jahre alt sind.

Wolfgang Gushurst ist der Leiter der Redaktion, die täglich in zwei Konferenzen über Themen berät und über deren Umsetzung in den drei Medien entscheidet. Dafür braucht es spezialisierte und vielseitige Mitarbeiter.

Die Technik wird ständig den neuen Herausforderungen angepasst. Wichtig sind für Gushurst und seine Redaktion Gespräch, Austausch und Interaktion mit seinem Publikum. Der Chat mit den Hörern ist häufig ein Themenanreger. Für ihn ist die Zeit der Einbahnstraßenkommunikation vorbei. Radiozukunft heißt für ihn: „Radio steht auch weiter im Mittelpunkt. Aber wir müssen uns auf das Bedürfnis zeitsouveräner Nutzung und auf mobile Endgeräte mit personalisierbaren Benutzeroberflächen einstellen.“

Radio visuell

Junge Hörer hat auch Christian Schalt, Programmdirektor bei Kiss FM Radio in Berlin, im Visier. Auf dem hart umkämpften Radiomarkt der Hauptstadt spielt er auf vielen Kanälen. Der neue Standard ist für ihn die „unendliche UKW-Skala“. Er ist überzeugt, dass



Eric Markuse, Programmchef beim MDR-Jugendradio Sputnik: „Radio muss multimedial, unverwechselbar und anders sein“

Fotos: Schröder

junge Leute sich nicht mehr bevormunden lassen wollen: „Sie wollen schlechte Moderatoren und schlechte Musik wegdrücken. Sie wollen Programm selbst gestalten.“ Radio wird bei ihm im Internet visuell erlebbar – darin sieht Schalt die Zukunftschancen ei-

nes Mediums, das seine Exklusivität als Anbieter von Musik und Unterhaltung längst verloren hat. „Eine klare Strategie und definierte Ziele“ sind für Schalt die wichtigen Elemente einer Überlebensstrategie fürs Radio.

Lebensrettende Maßnahmen fürs Radio sucht auch Eric Markuse, Programmchef beim MDR-Jugendradio Sputnik aus Halle. Schon weil die UKW-Versorgung seines Senders so schlecht ist und er im größten Teil des MDR-Sendegebiets nicht zu empfangen ist, bot sich das Internet als neuer Verbreitungsweg zwingend an. Er glaubt an die Zukunft, wenn Radio multimedial und unverwechselbar und anders ist. Sein Slogan lautet: „Du bist Radio“. Er macht ein interaktives Mitmach-Programm und bindet so eine „Gemeinschaft mit Radioanschluss“ an Sputnik.

Dudelfunk ade

Als erster Radiosender ist er im Dezember 2006 mit einer eigenen Web-2.0-Plattform an den Start gegangen. Inzwischen ist daraus eine Community mit mehr als 10 000 Mitgliedern entstanden. So gehen die Hörer auf Extrempaddeltouren und berichten davon multimedial. Da die Radionutzung übers Internet aber überhaupt nicht gemessen wird und nicht in die Daten der regelmäßigen Media-Analyse eingeht, fordert er die Abschaffung des Quotendrucks und spricht deshalb auch nur von der „Media-Analüge“.

Markuse hat in den letzten 18 Monaten den Wortanteil im Programm von 13 auf 25 Prozent fast verdoppelt: Für ihn gilt: Dudelfunk ade.

Sputnik ist die Radioalternative für Leute mit Grips und Durchblick. Täglich gibt es ein Programm für Menschen, die nicht nur berieselten werden wollen. Ausgesuchte Musik statt Einheitsbrei, Information und Journalismus statt Werbung lautet die erfolgreiche Programmphilosophie.

Jüngere Hörer gewinnen

Einen ganz anderen Weg ging Markus Heidmeier vom Deutschlandradio Kultur mit seinem Experiment Blogspiel.de, aus dem inzwischen das Projekt Breitband geworden ist. „Hier wird Sendezeit in Hörerhand gegeben“, sagt Heidmeier. Das Internet ist das primäre Medium, in dem die unterschiedlichsten Formate – meist Klangkunst und Kurzhörspiele – von Hörern produziert und online gestellt werden. Die besten Beiträge werden im Radio ausgestrahlt (Samstag, 16.30 Uhr). Und der Gewinner der Woche kommt per Interview auf den Sender und wird honoriert. Rund 1000 Beiträge entstehen so pro Jahr – das sind über 50 Stunden Radioprogramm.



Markus Heidmeier: „Sendezeit in Hörerhand geben“

Pro Tag hat die Internetseite zwischen 500 und 1000 Nutzer und zählt inzwischen über 2500 registrierte Mitglieder. Heidmeier: „So wurden vor allem jüngere Hörerschichten für das Deutschlandradio gewonnen und die Marke in einer ganz neuen Zielgruppe bekannt gemacht.“

Dass die jungen Leute das Radio bereits vergessen haben, davon ist Frank Debatin überzeugt. Er propagiert das neue Sprechradio 2.0 „1000Mikes“ (1000 Mikros), das nur noch im Internet stattfindet. Sein Programm ist offen für jeden. Übers Telefonfestnetz

werden die sehr unterschiedlichen Beiträge ins Internet gestellt – deswegen kann auch von überall „gesendet“ werden. Seit Anfang April 2008 verfügt Debatin über 500 Kanäle, die gleichzeitig bespielt werden können. Lizenzvergabe über Landesmedienanstalten ist für ihn zum Senden keine Voraussetzung mehr und deswegen kein Thema: „Die Anstalten sind Dinosaurier – sie dürfen und werden in Zukunft beim Radio keine Rolle mehr spielen.“ Mehrheitsformate und „Dickschiffe“ wie Antenne oder ffh oder ffn sind nach Debatins Meinung in Zukunft gefährdet.

Zielgruppenmix

Valerie Weber steht am Ruder eines solchen großen Tankers – sie ist Programmleiterin bei Antenne Bayern. Sie versteht ihren Sender als Familienvollprogramm mit einem Zielgruppenmix, bei dem mit Musik und Information möglichst viele Altersgruppen gleichzeitig angesprochen werden müssen. Aber ob dieser Spagat zwischen den 14- bis 49-Jährigen auf Dauer noch gelingt, bezweifelt auch sie: „Radio-Zukunft 2010 könnte das Ende für viele generationenübergreifende Vollprogramme heißen.“ Und: „Eine Radiomarke wird viele Sender haben. Und ein Sender wird viele Hin- und Rückkanäle haben.“ Und deswegen gelte auch in Zukunft: „Die Radio-Marke ist wieder ganz neu da.“

Wolfgang Rudolph, dessen erfolgreicher WDR-Computerclub im Fernsehen eingestellt wurde, ist ins Internet gewandert und produziert ein Technikmagazin als Audiocast zum Herunterladen für Computerbastler und -tüftler. Geld wird damit allerdings nicht verdient. Er freut sich, dass er so aus dem Regionalghetto des WDR herauskommt und sich mit einem „Weltprogramm“ dem internationalen Wettbewerb stellt. Rudolph hält Glaubwürdigkeit im Radio für wichtig: „Über Dinge reden, von denen man was versteht.“ Und sich vom Entweder-Oder-



Valerie Weber macht bei Antenne Bayern ein Familienvollprogramm mit einem Zielgruppenmix

Denken verabschieden: „Komplementär denken – schauen, wo was am besten läuft“, das ist sein Credo.

Komplizierte Technik

Nachdenkliche Töne kamen von Wolfgang Hagen, Kulturchef und Medienforscher beim Deutschlandradio. Er will sich „nicht irre machen lassen vom Internet-Hype“. Er sieht das Problem in den blockierten Vertriebswegen auf UKW und hält eine Neuordnung der Frequenzen für dringend erforderlich. Es sei einfach nicht hinnehmbar, wenn Gebührenzahler öffentlich-rechtliche Sender an ihrem Wohnort über Antenne nicht empfangen können – zum Beispiel der Deutschlandfunk in großen Teilen Südbayerns. Vertriebswege dürften nicht die Identität des Sen-

Linktipps:

- <http://www.bpb.de>
- <http://www.hoerfunker.de>
- <http://www.dassing.de>
- <http://www.kissfm.de>
- <http://www.sputnik.de>
- <http://www.breitband-online.de/>
- <http://www.1000mikes.com/>
- <http://www.antenne.de/>
- <http://www.cczwei.de>
- <http://www.dradio.de/>
- <http://www.fair-radio.net/>

ders auflösen. Radio sei eigentlich ein einfaches Medium und dürfe nicht an komplizierte Technik wie den Satelliten oder das Internet geknüpft werden. „So funktioniert das nicht“, sagte Hagen.

Einen breiten Raum auf der Tagung nahm die Diskussion über praktische Fragen der Medienethik ein. Der frühere Chefredakteur des Saarländischen Rundfunks und Mainzer Journalistikprofessor Axel Buchholz forderte eine Abkehr von der „Vollmundigkeit des



Journalistikprofessor Axel Buchholz forderte eine Abkehr von der „Vollmundigkeit des Boulevardradios“

Boulevardradios“. Wenn bei Jugendlichen das Radio am Ende der Glaubwürdigkeitsskala stehe und generell bei einer Mehrheit des Publikums zum Spaßmedium verkomme, sei ein Umdenken und eine Rückbesinnung auf alte Tugenden erforderlich. Norbert Linke, Nachrichtenchef von Radio ffn, legte einen Entwurf für einen Radiokodex vor, der – analog zum Pressekodex des Deutschen Presserats – ethische Berufsnormen für Radiomacher beinhaltet.

Buchholz schlug vor, bei der Weiterentwicklung des Entwurfs auch Partner wie die Journalistenverbände, die Initiative Qualität im Journalismus, den Privatfunkverband VPRT, die ARD und die Landesmedienanstalten zu suchen und einzubinden, damit der Radiokodex nach seiner Verabschiebung einen großen Bekanntheitsgrad bekommt.

Über praktische Erfahrungen mit der Initiative „Fair Radio“, die aus dem im Juni 2007 auf den Tutzinger Radiotagen veröffentlichten „Tutzinger Appell“ (siehe Akademie-Report 4/2007) hervorging, konnte Udo Seiwert-Fauti berichten. Die Initiative ziehe immer größere Kreise und bekäme Zuspruch aus vielen Redaktionen und würde mit immer neuen Beispielen aus der Praxis versorgt. „Jetzt ist es an der Zeit, öffentlich Ross und Reiter zu nennen, wo und wie der Hörer verschaukelt,

beschummelt und belogen wird“, sagte Seiwert-Fauti, der als Europa-Korrespondent in Straßburg arbeitet.

Die teilnehmenden Radiojournalisten aus ganz Deutschland waren sich am Schluss der Tagung einig, dass das Radio eine Zukunft und Überlebenschance hat, wenn es sich verändert und an neue Hörgewohnheiten eines jungen Publikums anpasst, möglichst viele Verbreitungswege besetzt und multimedial zu seinem Publikum kommt. ■

Michael Schröder

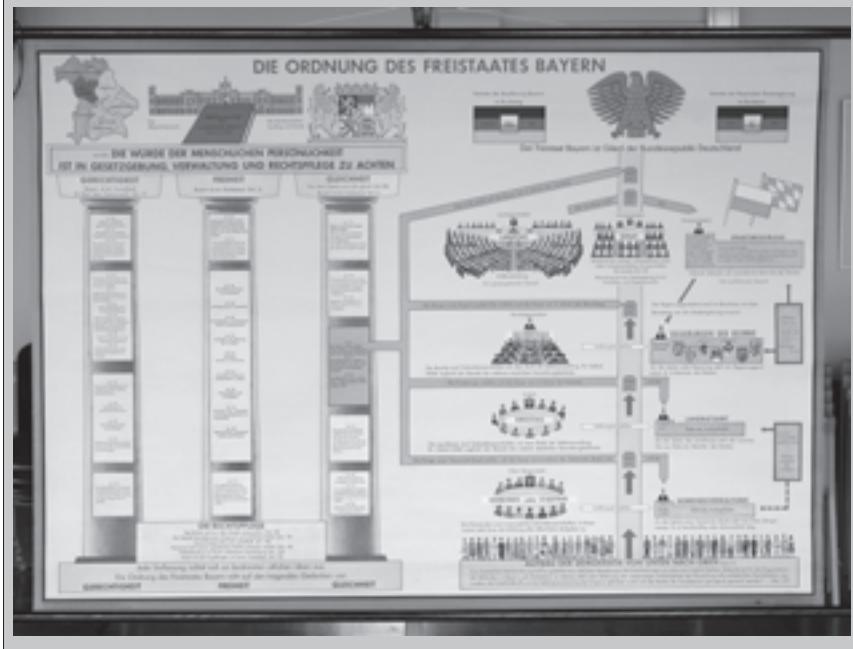
Im Akademiearchiv gestöbert:

Die Ordnung des Freistaats

Lehrmittel im Großformat aus der Akademie

Im Akademie-Report Nr. 1/2008 (S. 23) ist bereits über die „Schrettl-Tafel“ berichtet worden, die von der Akademie konzipiert und über einen Münchner Verlag in Umlauf gebracht wurde. In die Kategorie „Lehrmittel im Großformat“ fällt auch die Lehrtafel zur „Ordnung des Freistaates Bayern“ mit den Abmessungen von 140 x 100 cm aus dem Jahr 1963. In der Tutzinger Akademie als Unterrichtsmittel vom damaligen Dozenten Rudolf Schuster entwickelt, werden darauf Verfassung und Staatsaufbau des Landes Bayern behandelt. Die Darstellung nach dem Entwurf von Hanns Biberger bleibt nicht allein auf formal institutionenkundliche Aspekte beschränkt. Vielmehr wird das Ziel verfolgt, dem Betrachter die Funktion der Verfassung näher zu bringen. Primär für den Unterricht an Schulen und in der Erwachsenenbildung gedacht, ist die Tafel darüber hinaus auch als Wandschmuck in mancher öffentlichen Dienststelle anzutreffen gewesen. Eines jener inzwischen seltenen Exemplare findet sich noch im Kartenmagazin der Akademie. ■

Steffen H. Elsner



Gerechtigkeit in der „kulturellen Erosionskrise“

Weiche Normen und harte Fakten im neuen Sozialstaat

Was ist „soziale Gerechtigkeit“? Führende bayerische Politiker spürten Gerechtigkeitsdefiziten bei den jüngsten Sozialreformen nach und diskutierten den Stellenwert der Gerechtigkeitsproblematik in den Grundsatzprogrammen ihrer Parteien.

Die bayerische Sozialministerin Christa Stewens betonte den Gedanken der „solidarischen Leistungsgesellschaft“. Die Vorstellungen der CSU zielten auf eine Leistungskultur, welche die Menschen mit Eigenverantwortung gestalten sollen, außerdem auf eine starke

Familien und Bildung. Bezuglich des Wirtschaftssystems unterstreicht die SPD die Rolle des Staates. Erst der Staat mache die Marktwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft. Deshalb müsse er „gute“ Arbeit fördern. Damit meine man Tätigkeiten, die so bezahlt

durch steigende Staatsschulden zu sehr zu belasten. Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme seien den Herausforderungen nicht mehr gewachsen und müssten deshalb verändert werden. Darum fordere die FDP eine zunehmende Kapitaldeckung dieser Systeme. Wie schon ihre beiden Voredner betonte auch Leutheusser-Schnarrenberger die herausragende Rolle der Bildung, um Chancengleichheit herzustellen. Sie sei die Basis, um Vorsorge für sich und andere treffen zu können.



Christa Stewens: Sozialpolitik soll vor der Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge bewahren



SPD-Oppositionsführer Franz Maget propagierte den „vorsorgenden Sozialstaat“



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger warnte vor Überforderung des Staates

Fotos: Ofen

Sozialkultur, die gepflegt werden müsse. Das geeignete Grundkonzept sei dabei die Ausgewogenheit von Beteiligungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Die Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik solle den Menschen Perspektiven verschaffen und sie vor der Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge bewahren.

Gute Arbeit fördern

Auch die SPD will die individuellen Möglichkeiten des Einzelnen fördern und ihm so die Freiheit geben, sich zu entfalten. Franz Maget, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, propagierte dafür den „vorsorgenden Sozialstaat“. Dieser schaffe Chancengleichheit durch die Förderung von

werden, dass keine staatlichen Transferleistungen nötig seien. Maget forderte einen handlungsfähigen Staat, der dem Drang nach Privatisierung Einhalt gebietet und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung durch eine aktive Sozialpolitik entgegenwirkt.

Steuerlast senken

Die Vorsitzende der bayerischen FDP und ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger warnte dagegen davor, den Staat zu überfordern. Zwar sei es ganz klar, dass Bedürftige unterstützt werden müssen, jedoch strich sie die Bedeutung der Eigenversorgung heraus. Dafür sei es nötig, die Steuerlast zu senken. Sie warnte davor, zukünftige Generationen

Ideologie der Flexibilisierung

Der Soziologe und Philosoph Oskar Negt aus Hannover diagnostizierte eine „kulturelle Erosionskrise“, in der alte Normen und Werte, so auch Vorstellungen von Gerechtigkeit, nicht mehr unbesehen gelten, neue Werte jedoch noch nicht vorhanden sind. Das Zerbrechen von alten Bindungen, beispielsweise zu Parteien, Gewerkschaften, Betrieben und Unternehmen, führt zum Zustand einer „haltlosen Welt“. Zwar gibt es die alten Werte noch, jedoch leiden diese an einem Anerkennungs- und Geltingsproblem. Zurzeit sei eine intensive Suchbewegung zu beobachten, dieses moralische Vakuum zu füllen. Das Fatale hierbei ist, so Negt, dass für die Bewältigung dieses „epochalen gesellschaftlichen Umbruchs“ lediglich der Horizont betriebswirtschaftlichen Denkens als Lösung angesehen wird. Dies führt insbesondere zu drei Fehlentwicklungen in der Gesellschaft.

Erstens wird die Gesellschaft zunehmend polarisiert. Im Bildungsbereich ließe sich dies an der Einrichtung von Eliteinstitutionen als produktive Zentren festmachen, wobei außer Acht

gelassen wird, dass Bildungszeit nicht betriebswirtschaftlich gefasst werden kann, da sie eine ganz eigene Zeitstruktur besitzt. Polarisierung zeigt sich auch in der Schere zwischen Arm und Reich, die sich ständig weiter öffnet, obwohl gesellschaftlicher Reichtum in einem Maße produziert wird wie nie zuvor.

Die zweite Fehlentwicklung liegt laut Negt in dem sich immer mehr durchsetzenden Bild des allseitig verfügbaren, des „flexiblen Menschen“ (Richard Sennet). Durch die „Ideologie der Flexibilisierung“, so Negt, sind die Menschen nicht mehr in der Lage, eine eigene Identität auszubilden, die ihrerseits die Basis ist, um Flexibilität entwickeln zu können. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, von Job zu Job, von Vertrag zu Vertrag, führt zu einem fortwährenden Überlebenskampf sozialdarwinistischer Art. Dies trägt zur dritten Fehlentwicklung bei, nämlich zu einer „wachsenden Armee der dauerhaft Überflüssigen“, die unnötig aus dem Produktionszusammenhang ausgegrenzt werden. Die normative Seite des Lebens, also das, was das Leben sein soll, gerate dabei immer mehr in den Hintergrund. Dagegen zu rebellieren, wäre eine sinnvol-

le Wiederherstellung einer Form von Balance, um die bislang jede Gerechtigkeitsphilosophie gekämpft habe.

Eigenverantwortung braucht Kompetenz

Trotz überdurchschnittlicher Umverteilung bleiben erhebliche soziale De-



Oskar Negt diagnostizierte eine „haltlose Welt“



Markus Vogt: Individuelle Begabung fördern

wachsenden Ungleichheit betonte Vogt die „Gleichheit“, die im Zentrum der Erklärung von Gerechtigkeit steht. Kern der rechtspolitischen Gleichheitsdefinition ist dabei die Spannung innerhalb der klassischen Trias Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Dabei gibt es kein formales Konzept, das als verbindliche Messlatte für die

Verteilungsprobleme dienen könnte. Vielmehr plädierte er für eine komplementäre Zuordnung und wechselseitige Durchdringung von unterschiedlichen Arten von Gleichheit, nämlich der Gleichheit der Menschen als Rechtssubjekte (Legalgerechtigkeit), Gleichheit der Menschen in ihren Grundbedürfnissen (Verteilungsgerechtigkeit) und Gleichheit hinsichtlich der Anerkennung von Interessen (Tauschgerechtigkeit).

Als Orientierungspunkte für die künftige Gestaltung des Sozialstaats, dessen normative Begründung in der Verfassung, der christlichen Kultur und der sozialen Marktwirtschaft fußt, hob er die Stärkung der Anreize und Möglichkeiten für Eigeninitiative und -vorsorge hervor. Um die Eigenverantwortung der Individuen zu stärken, sei es jedoch notwendig, sie mit den entsprechenden Kompetenzen auszustatten. Deshalb sei es besonders wichtig, die Familien zu stärken und Bildungspolitik so auszustalten, dass scheinbar Schwache ermutigt und individuelle Begabungsprofile gefördert werden.

Zunahme der Altersarmut

Die Sozialreformen der letzten Jahre wurden auf ihre Auswirkungen auf die Bereiche Rente, Gesundheit, Arbeitslosengeld/Sozialhilfe und Familie untersucht. Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg/Essen arbeitete mit einem Blick auf die Entwicklung des Sozialbudgets heraus, dass fünf Jahre nach Gerhard Schröders Agenda 2010 von einem Kahlschlag zwar keine Rede sein kann. Die Reformen der letzten Jahre dienten aber weniger sozialen Zielen, sondern sie sollten Wirtschafts-



Zeichnung: Tomaschoff

wachstum anregen, die öffentlichen Kassen sanieren und die hohe Arbeitslosigkeit abbauen, vor allem durch eine Senkung der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen. Die Mittel dazu waren bei Rente und Gesundheit Leistungseinschränkungen, Dämpfung künftiger Ausgabenzuwächse, Teilprivatisierung sozialer Sicherung wie die Riester-Rente, Markttöpfung und Einbau von Wettbewerbselementen.

Wird die Altersarmut in Zukunft steigen? Bäcker sieht hier durchaus auch gegenläufige Trends wie die steigende Zahl von Riester-Verträgen, den Ausbau betrieblicher Altersvorsorge, besonders durch die Entgeltumwandlung, und die künftig steigenden Rentenansprüche der Frauen. Aber Rentner und die rentennahen Jahrgänge konnten auf die Senkung des Rentenniveaus nicht mehr reagieren, sozial Schwache haben meist weder betrieblich noch privat vorgesorgt. Der Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und Jahrzehnte der Massenarbeitslosigkeit hinterlassen ihre Spuren ebenso wie die Abschläge beim vorzeitigen Rentenbezug. Altersarmut, so Bäcker, werde zunehmen, aber nicht dramatisch.

Mehr Verlierer als Gewinner

Jan Goebel vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) zeigte auf, dass bei den Arbeitsmarktreformen der politisch gewollte Druck in Richtung Arbeitsplatzsuche („fordern“) durchaus erzeugt wurde. Er konnte mit Daten aus dem sozialökonomischen Panel (SOEP) die Einkommenssituation von Leistungsbeziehern 2004 und 2005 vergleichen und stellte fest: Die Abschaffung der früheren Arbeitslosenhilfe, die Umstellung von einer Individualleistung mit begrenzter Lebensstandardsicherung auf Existenzsicherung durch die pauschalierte Unterstützung von Bedarfsgemeinschaften, die Verschärfungen bei Einkommensermittlung und Vermögensanrechnung haben dazu geführt, dass es mehr Reformverlierer als Gewinner gibt. Besonders bei Single-

haushalten, Paarhaushalten ohne Kinder und Paarhaushalten mit erwachsenen Kindern ist die Armutsschreitung gestiegen, weil die Transfereinkommen gesunken sind.

Ursula Münch von der Universität der Bundeswehr München gab einen Überblick über die Familienförderung in Deutschland, die sich dem finanziellen Umfang nach im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen kann. In einer historischen Längsschnittanalyse arbeitete Münch heraus, dass in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg die am Arbeitnehmerstatus anknüpfende Sozialversicherung und das „starke männliche Brotverdienermodell“ eine auch ideologisch prägende Einheit bildeten. Dementsprechend dominierten Geldleistungen für Familien gegenüber Sachleistungen.



Jan Goebel: Armutbedrohung gestiegen



Ursula Münch: „Ökonomisierung der Familie“

Bis heute ungelöst ist der Konflikt zwischen gleicher Förderung für jedes Kind durch ein einheitliches Kinder- geld (SPD) oder Steuerfreibeträgen (Union), von denen wohlhabende Familien mehr profitieren. Beim neuen Elterngeld ist die SPD – aus bevölkerungspolitischen Gründen? – über ihren Schatten gesprungen und akzeptiert, dass gut verdienende Eltern ein bis zu sechs Mal höheres Elterngeld bekommen als Geringverdiener.

Heute wird die Bedeutung von Sachleistungen, wie öffentlich finanzierte Kinderbetreuung, stark diskutiert. Ursula Münch regte zur Diskussion über die Frage an, ob ein Ausbau der Kripplätze tatsächlich nur der Wahlfreiheit zwischen der Betreuung zu Hause und der Betreuung in einer Gruppe

dient, oder ob es sich dabei um eine „Ökonomisierung der Familie“ handelt, da bei dem drohenden Fachkräftemangel auch jede Frau so schnell wie möglich in die Arbeitswelt zurückkehren soll.

Steigende Gewinne

Die aktuelle Debatte über Mindestlöhne führten Robert Günthner vom DGB Bayern und Dirk Pollert, stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie.

Ausgehend von der Forderung, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können sollen, wollte Günthner dem Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“ nicht grenzenlos folgen. Es ginge nicht an, dass die öffentliche Hand immer mehr Vollzeitbeschäftigte mit Aufstockungsbeträgen stützen muss, während gleichzeitig der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen seit Jahren steigt. Mindestlöhne hätten nichts mit dem Ende der Tarifautonomie zu tun, ordnungspolitisch seien sie mit den gesetzlich festgelegten Mindesturlaubstagen zu vergleichen.

Mindestlöhne hätten nichts mit dem Ende der Tarifautonomie zu tun, ordnungspolitisch seien sie mit den gesetzlich festgelegten Mindesturlaubstagen zu vergleichen.

Für Dirk Pollert haben aufstockende staatliche Leistungen nichts Anstoßiges. Sie können eine vorübergehende und wirksame Hilfe auf dem Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück ins Arbeitsleben sein. Er warnte davor, bei der Diskussion um Mindestlöhne selektive Beispiele wie Großbritannien heranzuziehen, ohne das Wirtschaftssystem insgesamt zu betrachten. So sei der Arbeitsmarkt dort wesentlich liberaler geregelt als in Deutschland und die Verhältnisse daher nicht vergleichbar.

*Gero Kellermann/
Caroline Ofen/
Karl-Heinz Willenborg*

Akademiegespräch im Landtag:

Leidenschaftliches Plädoyer gegen Parallelgesellschaften

Deutschland verhält sich nicht wie ein Einwanderungsland, „hier wird nur verwaltet“, sagte Regina Mönch, Journalistin bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ während des Akademiegespräches im Landtag. „Saat der Gewalt? Integrations- und Erziehungsprobleme in Parallelgesellschaften“. Diese müssten aufgebrochen werden, denn Radikalisierungen auf beiden Seiten nähmen in einem Angst machenden Tempo zu. Allerdings müssten für ein Gelingen der Integration die Identitätsprobleme beider Gesellschaften gelöst werden.

Mönch berichtete von den sozialen Brennpunkten in Berlin, von Sprachlosigkeit und kultureller Verachtung für Deutsche, von Eltern, Analphabeten zum Teil, die völlig überfordert sind von der Verantwortung für ihre Kinder, geschweige denn deren schulischer Entwicklung, von „Kindsmisshandlung in muslimischen Kinderzimmern anstelle von Erziehung“.

Sie berichtete von Lehrern, die nach eigenem Bekunden an die Grenzen ihrer pädagogischen Fähigkeiten geraten und es dennoch immer wieder versuchen. Von Lehrerinnen, die angegriffen werden, von einer beunruhigenden Statistik von Schulversagern, angeführt von Kindern aus muslimischen, türkischen und arabischen Familien.

Verlorene Kinder

Sie berichtete von Kindern, die strafällig werden, aber weder bestraft noch therapiert werden, „und wir alle schauen weg“. Belegbarer Rassismus gegen Deutsche auf der einen und steigender Rechtsradikalismus auf der anderen Seite seien die Folgen. Von „verlorenen Kindern“ sprach die Journalistin, die Expertin für Migrationsthemen ist, in einem „couragierten, polarisierenden und temperamentvollen Vortrag“, so der Dank aus dem ebenso engagierten Zuhörerkreis.



Die Journalistin Regina Mönch forderte Maßnahmen gegen die Bildungsarmut

Foto: Rolf Poss

„Es gibt bei Zuwanderern Prägungen, die einer Integration tatsächlich im Wege stehen“, meinte der Präsident des Bayerischen Landtages, Alois Glück: Autoritäre Erziehungsideale, Männlichkeitssideale, die unserer Gesellschaft fremd sind, verhaltensauffällige Kinder gehörten dazu und führten zu einer Entwicklung des Auseinanderdriftens in Parallelgesellschaften. Da müsste noch nicht einmal der große Themenbereich Islam einbezogen werden.

„Es handelt sich auch um ein Oben und Unten und die damit verbundenen Chancen in der Gesellschaft“, sagte Akademiedirektor Heinrich Oberreut-

er. „Wir brauchen vor allem nüchternere Analysen“. Die Probleme im Zusammenhang mit Migration betreffen Zehntausende von Kindern, die „nie ihren Platz in der Gesellschaft finden können, wenn wir nicht endlich nach Lösungswegen suchen, auch wenn es keine Patentrezepte gibt“. Kulturen müssten zusammenleben können, auch in einem Staat. Dazu braucht es aber klare Regeln, so Oberreuter.

Fehlende Migrationspolitik

Es sei fahrlässig, die Entwicklung bei 15,5 Millionen Einwohnern mit Migrationshintergrund als „Randerscheinung“ abzutun, meinte Mönch. Es gebe Regionen, in denen die Mehrheitsverhältnisse zwischen Deutschen und Migranten bereits umgedreht seien. Diese Herausforderung müsste zunächst verstanden werden, „es ist die Langzeitwirkung früherer Fehler“ einer fehlenden Migrationspolitik. „Und der größte Fehler ist die angebliche Unzumutbarkeit der deutschen Sprache – eine Katastrophe“.

„Schaut endlich hin!“

„Wir müssen uns gegen immer dreistere Forderungen der Islamverbände stellen. Unser Wertesystem wird nicht von der Scharia, sondern vom Grundgesetz bestimmt. Wir müssen unsere Gesetze auch für diese Kinder anwenden, damit sie nicht in gewalttätigen Elternhäusern aufwachsen, unter Züchtigungen, die für uns eine Tabuzone darstellen. Wir müssen gegen die Bildungsarmut vorgehen“. Eine mögliche Lösung sieht Mönch in einer Allianz mit säkularen Muslimen, die ein anderes Bild davon hätten, wie es im anderen Teil der Gesellschaft wirklich aussieht. „Schaut endlich hin!“, lautete ihr Appell. ■

Karin Siebert

Kurswechsel in der Zuwanderungspolitik

Migration, Integration, interethnisches Zusammenleben – diese Themen beschäftigen die deutsche Politik nicht erst seit heute. Doch allzu lange dominierte in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Probleme das Gastarbeitermodell, und am rechten Rand des politischen Spektrums wurden aus durchsichtigen Gründen Ängste vor einer Überfremdung des Landes geschürt.

Wissenschaftler empfahlen zwar bereits vor über zwei Jahrzehnten und später immer wieder Maßnahmen für eine gesteuerte Einwanderungspolitik, offene Ohren bei den Regierungsverantwortlichen fanden sie jedoch nur in Ausnahmefällen. Noch bis vor wenigen Jahren lehnte die Mehrheit im Deutschen Bundestag das Einwanderungsmodell ab, obgleich viele Ausländer im Lande aufgenommen wurden. Heute allerdings spricht einiges dafür, dass seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes (2000) und vor allem seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes (2005) eine deutlich realistischere Sicht der damit verbundenen gesellschaftlichen Aufgaben und Notwendigkeiten mehrheitsfähig geworden ist. Die Einsicht beginnt sich durchzusetzen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und dass unser Staat akzeptable und verfassungskonforme Konzepte und Regeln zur Steuerung der Zuwanderung entwickeln und durchsetzen muss.

Selbstverpflichtungen

Multi-Kulti-Illusionen einerseits und national-konservative Abschottungs-ideologien andererseits bringen uns nicht weiter. Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD erklärte daher das Thema der Integration von in Deutschland lebenden und neu zuziehenden Ausländern zu einer Schwerpunkt-aufgabe der amtierenden Regierung.

Der 2006 von Bundeskanzlerin Merkel erstmals einberufene Nationale Integrationsgipfel in Berlin, die Nachfolgeveranstaltung ein Jahr später sowie die von Innenminister Schäuble auf den Weg gebrachte Deutsche Islamkonferenz signalisieren die Bereit-

schaft der Regierung, die Defizite der bisherigen Integrationspolitik zu benennen und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung zu ergreifen.

Der 2007 vorgelegte Nationale Integrationsplan beschreibt klare Ziele und führt über 400 konkrete Maßnahmen

einem „Meilenstein in der Geschichte der Integrationspolitik“ (Bundeskanzlerin Merkel) sprechen.

Zwar erlebt Deutschland zur Zeit nur noch eine sehr moderate Zuwanderung – Zuwanderung und Abwanderung halten sich neuerdings sogar fast die Waage –, doch die Wirkungen und Folgen der Jahrzehntelangen ungesteuerten Zuwanderung sind weitaus größer als bislang angenommen worden ist.

Nach neuesten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes haben 15,3 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund – das



Zeichnung: Stuttmann

und Selbstverpflichtungen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure auf. Dass die Beherrschung der deutschen Sprache inzwischen allgemein als Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration der Zuwanderer anerkannt ist und somit die politisch Verantwortlichen in die Pflicht nimmt, entsprechende Projekte (Sprach- und Orientierungskurse) zu finanzieren, ist ein großer Fortschritt gegenüber der lange Zeit eher abwehrenden Ausländerpolitik. Insofern kann man wohl zu Recht von

sind 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Unter ihnen sind 5,8 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren. Gerade für diesen Bevölkerungsteil sind fördernde undfordernde Integrationsangebote dringend notwendig. Können wir also heute von einem Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Zuwandererpolitik, von einer erstmaligen Offenheit und Bereitschaft von Politik und Gesellschaft sprechen, die Zuwanderung nach Deutschland zu einem Erfolgsprojekt zu machen?

Potenzziale der Zuwanderer

Die Referenten unserer Tagung jedenfalls ließen ohne Ausnahme keinen Zweifel daran erkennen, dass sie die angedeuteten politischen Weichenstellungen begrüßten, wenngleich viele dieser Maßnahmen bereits Jahre früher hätten in Gang gesetzt werden müssen, so unvollständig sie aus der Sicht der Experten immer noch sein mögen. Wie ein roter Faden durchzog der Verweis auf die Potenzziale der Zu-



Gül Solgun-Kaps: Notwendige Bildungsoffensive für Migranten

wanderer für die aufnehmende Gesellschaft die Einschätzungen der Experten – für eine alternde Gesellschaft im übrigen, die bald mit einem Fachkräftemangel konfrontiert sein wird. Diese Potenzziale müssten aufgespürt und gefördert werden – so etwa durch die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die im Ausland erreicht wurden, gegebenenfalls mit einer zumutbaren Nachqualifizierung, so Regina Jordan, Leiterin der Abteilung Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg.

Für einen „strategischen Befreiungsschlag“ in Gestalt eines arbeitsmarktbezogenen Punktesystems plädierte der Migrationsforscher Klaus J. Bade (Osnabrück), der ebenfalls beklagte, dass so viele Zuwanderer häufig unter ihrem Qualifikationsniveau eingesetzt würden. Eine staatlich gelenkte Bildungsoffensive zugunsten junger Migranten, die auch schulstrukturelle Veränderungen nicht ausschließen

dürfte, und ein breites Angebot von Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft für die Schulabsolventen seien, so die Wissenschaftlerin Iris Bednarz-



Cumali Naz: Kommunales Wahlrecht für zugewanderte Ausländer

Braun vom Deutschen Jugendinstitut in München und die aus der Praxis berichtende Grundschullehrerin Güл Solgun-Kaps (Augsburg) unverzicht-

bar für die gewünschte Integration junger Migranten. Diese sei im Falle der Nürnberger Zuwanderer dann erreicht, so Christine Meyer, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Nürnberger Oberbürgermeisters Ulrich Maly, wenn jemand mit Überzeugung sage, „ich fühle mich als Nürnberger“. Durch die Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts an bereits länger zugewanderte Ausländer könnte dieser Prozess stark befördert werden, bestätigte auch der Vorsitzende des Münchener Ausländerbeirates Cumali Naz.

Ob sich auf diesem Weg in Zukunft bei uns ähnliche Verhältnisse herausbilden können wie sie der Migrationsforscher Dietrich Thränhardt (Münster) zum Beispiel in Schweden erkennt – hohe Identifikation der Migranten mit dem Land, das sie aufgenommen hat – und dessen auf der Gleichheit aller Einwohner beruhenden Einwanderungspolitik er als nachahmenswert empfiehlt, lässt sich natürlich nicht vorhersehen. Darauf hoffen darf man natürlich. ■

Jürgen Weber

Wir dokumentieren hier den Vortrag des Migrationsforschers Klaus J. Bade in stark gekürzter Form. Die vollständige Version findet sich auf unserer Internetseite: <http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=41#c147178>

Unzureichende Integration wird teuer

...In der Migrationspolitik brauchen wir eine strategische Neuorientierung, die den Steuerungsbereich für freie Zuwanderung mit Bleibeabsicht entschieden erweitert. Dringend überfällig ist ein Punktesystem oder ein seinen Funktionen nahe kommendes, noch flexibleres Steuerungssystem. Am besten für Deutschland wäre eine Kombination eines kriteriengestützten Punktesystems, wie es die Süßmuth-Kommission 2001 vorgeschlagen hatte, mit einer arbeitsmarktorientierten Engpassdiagnose, wie sie der Zuwanderungsrat 2004 angeregt hatte. Nötig dazu wäre zugleich ein unabhängiges hochrangiges und im Gegensatz zum Zuwanderungsrat von 2003/04 streng wissenschaftliches Gremium zur kontinuierlichen Beobachtung und beratenden Begleitung der Entwicklung

und Steuerung von Migration sowie der Entwicklung und Förderung von Integration. Ein solches Gremium gibt es in Deutschland seit der Streichung und Abberufung des Zuwanderungsrates nicht mehr.

Das mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 und der Überarbeitung des Aufenthaltsrechts von 2007 begründete neue System einer konzeptorientierten Integrationspolitik ruht auf drei Säulen: präventive, begleitende und nachholende Integrationsförderung.

Präventive Integrationsförderung:

Es kommt darauf an, im Rahmen des Möglichen stärker auf die beruflich-soziale Passfähigkeit und damit vor allem auf die Qualifikation der Neuzuwanderer zu achten. Die muss nicht



immer erst mühevoll und teuer hierzulande nachgebessert werden. Sie kann auch im Ausland schon vorbereitet werden. Diese präventive Integrationspolitik wird in Ansätzen bereits praktiziert: bei Spätaussiedlern in Gestalt von in die Herkunftsäume ausgelagerten Sprachkursangeboten und bei Juden aus der GUS zusätzlich in einer Art Punktesystem mit Kriterien im Rahmen einer individuellen Integrationsprognose, seit 2007 auch in Gestalt von sprachlichen Mindestanforderungen beim Familiennachzug aus einer Reihe von Herkunftsstaaten. Restriktive Komponenten werden dabei in Kauf genommen.

Begleitende Integrationsförderung:

Sie umfasst im Sinne des Zuwanderungsgesetzes begleitende Angebote für den Weg durch den Integrationsprozess insbesondere in Gestalt von Sprach- und Orientierungskursen mit neuerdings auch zahlreichen flankierenden Maßnahmen; denn Integrationspolitik funktioniert nicht im Passiv. Sie kann immer nur fördernde – und nötigenfalls auch fordernde – Begleitung des wesentlich eigendynamischen Integrationsprozesses sein. Das System der Integrationskurse des BAMF wird ständig verbessert und ausdifferenziert. Wir sind hier nun – wenn auch mit einer historischen Verspätung um rund ein Vierteljahrhundert – auf einem guten Weg. Die Effizienz dieses Weges muss kontinuierlich überprüft werden, zumal die Effizienz von Integrationskursen in den verschiedenen europäischen Einwanderungsländern aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen durchaus umstritten ist.

Nachholende Integrationsförderung:

Mit diesem Konzeptrahmen sollte nachgebessert werden, wo es anhaltend klemmt infolge von früheren Versäumnissen bei Integration und Integrationsförderung. Nachholende Integrationsförderung ist heute die wichtigste Säule der Integrationspolitik in Deutschland; denn die Zahl der dauerhaft im Lande lebenden Einwanderer und Menschen

mit Migrationshintergrund, die nie mals die heute für selbstverständlich erachteten Integrationskurse und andere Eingliederungshilfen erhalten haben, übersteigt um ein Vielfaches die kontinuierlich schrumpfende Zahl der Neuzwanderer. Auch nachholende Integrationsförderung kann immer nur im Sinne begleitender Angebote konzipiert werden.



Migrationsforscher Klaus J. Bade warnt vor den Folgekosten versäumter Integration

Begleitende wie nachholende Integrationspolitik sind Querschnittsaufgaben, orientiert an dem erwähnten Ziel der Eröffnung von Chancen zu einer möglichst gleichberechtigten Partizipation an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens im Einwanderungsland.

Bestandsaufnahme

Wir haben jahrzehntelang eine Art organisierten Unterschichten-Import betrieben, aber auch viele qualifizierte und aufgrund von Sprachproblemen nicht adäquat einsetzbare bzw. dem aktuellen Bedarf am Arbeitsmarkt folgende Zuwanderer in unqualifizierten Beschäftigungen fehlalloziert. Hoch war die durch Anwerbung gesteuerte Zuwanderung aus bildungsfernen Milieus, die sich intergenerativ über die Heiratsmigration fortgesetzt hat. Der nachlässige Umgang mit dem Bega-

bungs- und Qualifikationspotenzial aus diesen zugewanderten bildungsfernen Milieus ist ein folgenschweres Problem mit geradezu biblischen Schleifspuren; denn seine Folgen schwächen uns wirtschaftlich und im Blick auf die Sozialsysteme bis ins dritte und vierte Glied der migratorischen Generationenfolge:

Die Bertelsmann-Stiftung hat im Januar 2008 ihre Studie „Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland“ vorgelegt. Sie bestätigt aufs Neue die schon 2001 von Hans Dietrich von Loeffelholz ermittelte rechnerische Bandbreite und auch vordem schon von anderen, u.a. auch von mir selber, vorgetragene Warnungen. Ergebnis: Bezogen auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter ergibt sich eine jährliche Gesamtsumme an Kosten bzw. Verlusten infolge unzureichender Integration in Höhe von bis zu rund 16 Milliarden Euro (11,8 bis 15,6 Milliarden Euro). Bezogen auf die gesamte Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund läge

dieser Wert noch deutlich höher. Die Folgerung der Bertelsmann-Studie lautet, „dass die dargestellten gesellschaftlichen Kosten der unzureichenden Integration ein großes Potenzial an Einsparungen für die öffentliche Hand darstellen, welches zumindest teilweise über gezielte Integrationsmaßnahmen erreicht werden kann.“ Ganz abgesehen von dem mit all dem verbundenen erwerbsbiographischen persönlichen Verlusterfahrungen und deren Folgen für die davon Betroffenen.

Sicherung des sozialen Friedens

Damit nicht genug: Die Folgen unzureichender Integration können schon mittelfristig auch den sozialen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft gefährden; denn: Die dauerhafte Sicherung des sozialen Friedens in einer Einwanderungsgesellschaft hängt ent-

scheidend ab von dem Gelingen von Integration im erwähnten Sinne möglichst gleicher Teilhabechancen. Demgegenüber beleuchten die im deutschen Bildungsbericht, aber auch auf OECD-Ebene vorgelegten Daten zur Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland ein dramatisches Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Partizipationschancen von Mehrheitsgesellschaft und Zuwandererbevölkerung. Das erzeugt eine noch latente, aber nach einschlägigen Anzeichen ständig wachsende soziale Spannung. Dahinter steht auch die in Deutschland wie in keinem anderen europäischen Einwanderungsland so deutliche Vererbung der sozialen Startnachteile auf den Ebenen von Erziehung, Bildung, Ausbildung und Erwerbschancen...

...Bei der *nachholenden Integrationsförderung* ist es mit der gezielten Förderung vorschulischer Erziehung und schulischer Bildung freilich nicht mehr getan; denn:

Ein Großteil der Nachwuchsbevölkerung mit Migrationshintergrund hat das Schulalter längst hinter sich gelassen und ist deshalb mit solchen Maßnahmen nicht mehr erreichbar. Bei der Konkurrenz um Lehrstellen aber zeichnet sich für Bewerber mit Migrationshintergrund eine annähernd gleiche Benachteiligung wie auf den Schulen ab. Und das gilt ausdrücklich nicht nur bei denen, die, in weit größerem Maß als deutsche Jugendliche, die Hauptschulen ohne Abschluss verlassen haben. Empirische Studien lassen vermuten, dass solche Benachteiligungen oft gar nicht bewusst, sondern eher reflexartig erfolgen...

...Die Erfahrung lehrt, dass an die Stelle versäumter begleitender Integrationsförderung heute bei weitem kostenintensivere und ergebnisärmere Maßnahmenkataloge der nachholenden Integrationspolitik treten müssen. Diese Erfahrung sollte eine mächtige Motivation sein, solche Folgekosten von Versäumnissen künftig zu vermeiden... ■

Siehe Presse Presse Seite 29

Neue GEDOK-Kunstausstellung



Die Gänge und Hörsäle der Akademie haben wieder für ein Jahr neuen Wandschmuck erhalten. Bereits zum 19. Mal stellen Künstlerinnen der GEDOK (Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde e.V.) ihre Werke der Akademie zur Verfügung. „Die Politik ist die Kunst des Möglichen und in der Kunst ist alles möglich – wie man verschiedentlich an den Wänden unseres Hauses sehen kann“, sagte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter auf der – trotz Fußball-EM-Halbfinale – sehr gut besuchten Vernissage. Die Künstlerinnen stellten ihre Bilder dem Publikum in Führungen vor, das Haus füllte sich also schnell mit Kunstfreunden, die sich intensiv mit der Materie beschäftigten. Das Foto zeigt von links die Vorsitzende Angelika Schulz, sowie Ursula Steglich-Schaupp und Ulrike Prusseit. Silke Aichhorn umrahmte die Vernissage mit vielseitigen Harfengländern: Jazzrhythmen und Volksweisen waren auf diesem Instrument für viele neu. KS

Foto: Maltzahn

Europa auf dem Prüfstand

Ist die Europäische Union zukunftsähnlich? Eine Kooperationstagung mit der Bundeszentrale für politische Bildung konzentrierte sich dabei auf die innere Verfasstheit und die gemeinschaftlichen Außenbeziehungen der EU. Der ehemalige Akademiedozent Michael Piazolo, Professor an der Hochschule München, stellte den aktuellen Stand der Entscheidungsstrukturen der EU dar. Mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU befasste sich Andreas Weber von der Universität Erlangen-Nürnberg. Ralf Roloff vom

Marshall European Center for Security Studies Garmisch-Partenkirchen analysierte die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zeichen weltweiter Konflikte. Akademiedozent Gero Kellermann stellte das Haager Programm zur Schaffung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vor. Die Teilnehmer hatten außerdem Gelegenheit, sich in einem Planspiel über die nächste Erweiterungsrunde der EU in reale Entscheidungssituationen hineinzuversetzen. ■ GK

Neu im Kollegium:

Am Starnberger See fehlt ihm nur der Weinberg

Internationale Stationen markieren den Weg des neuen Philosophie-Assistenten

Michael Spieker (32) arbeitet seit Mai 2008 als Assistent im Bereich „Ethische und theoretische Grundlagen der Politik“ an der Akademie. Der gebürtige Kölner ist mit einer Lehrerin verheiratet, hat einen Sohn (zweieinhalb Jahre) und ist schon viel in der Welt herumgekommen. Nur Oberbayern fehlte bis jetzt auf seiner Landkarte.

Wohin führte Sie der Weg nach der Schule?

Nach dem Abitur 1994 ging ich für ein halbes Jahr nach Israel. Ich habe in einem österreichischen Pilgerhospiz in Ost-Jerusalem gearbeitet und war dort „Mädchen für alles“. Ich bekam interessante Einblicke in die israelisch-palästinensische Realität. Da sah und verstand ich, wie Gewalt zustande kommt: durch permanente Demütigung und Entwürdigung.

Wo haben Sie studiert?

Zunächst in Freiburg – Politikwissenschaft, Philosophie und Katholische Theologie.

Warum Philosophie und Theologie als Ergänzung?

Ich habe mich immer schon für das Zusammenspiel von religiösen Überzeugungen und öffentlichem Leben interessiert. Zudem hatte ich das Glück, dort Lehrer zu finden, die ein universelles Wissen hatten und mit uns die Klassiker gelesen haben.

Sie haben dann ihr Studium in Kanada fortgesetzt?

Ganz bewusst, weil Kanada ein Brückenglied zwischen amerikanischen und europäischen Einflüssen ist. Dort habe ich auch meine Frau, die aus Zwickau stammt, kennengelernt. Ich bin für die Deutsche Einheit sehr dankbar. Sonst wären wir uns wohl nie begegnet.

Was macht Ihre Frau beruflich?

Sie ist Lehrerin – wenn alles klappt, fängt sie im nächsten Schuljahr an einem Gymnasium in der Gegend an. Das wäre natürlich für die Familie organisatorisch am einfachsten.



Michael Spieker

Wie ging es weiter mit Ihrer Ausbildung?

Nach dem Bachelor-Abschluss in Kanada ging ich zur Friedrich-Ebert-Stiftung nach New York. Dann habe ich in Wien mein Studium fortgesetzt. Aber da kann man besser Oper und Musik studieren. Danach trat dann die Philosophie an die erste Stelle und in den Mittelpunkt des Interesses: Wie prägt das Denken unser Leben, unser Sein? Ich habe in Freiburg meine Dissertation über Hegels Logik geschrieben.

Ließ Hegel noch Zeit für die Familie?

Nach Abschluss meiner Arbeit wurde unser Sohn geboren, meine Frau ging ins Referendariat und ich wurde Hausmann. Ich habe die Probleme des Mutterseins direkt erfahren und intensiv erlebt. Nach der Babypause bewarb ich mich um ein Stipendium für die Wiedereingliederung von Wissenschaftlerinnen nach der Elternzeit, musste aber dann von der Gleichstellungsbeauftragten erfahren, dass das so nicht gemeint sei.

Würden Sie gern eine Tagung über Familienpolitik organisieren?

Dazu habe ich die größte Lust. Gera-de weil man dabei wieder sieht, wie das Denken das Handeln prägt. Ich trete dafür ein, politische Theorie und Praxis nicht voneinander zu trennen.

Gibt es eine Idee für das erste große Tagungsprojekt?

Mein erster Schwerpunkt ist eine Be-trachtung über das Leben – das ent-stehende und beginnende wie auch das alternde und schwindende Leben. Da sieht man bei vielen Veranstaltun-gen ein eingebütes Rollenspiel – darü-ber möchte ich hinausgehen. Eine an-dere Frage ist: Gibt es noch einen ge-meinsamen Ethos?

Wie kann man für dieses Thema Teilnehmer interessieren?

Man muss es konkret machen – zum Beispiel kommunale Organisation von Familie. Das erlebe ich gerade in Bern-ried, wo der Kindergarten von einem Elternverein getragen wird.

Philosophie ist jedenfalls nicht Theo-rie?

Theorie ist Praxis.

Welche Hobbies hat der Philosoph Spieker?

Zunächst ist die Familie der Mittelpunkt. Ich lese viel – nicht nur Fach-literatur, auch mal einen Roman. Ich bin immer gerne geradelt und hoffe, ir-gendwann die eine oder andere Alpen-hochstraße befahren zu können.

Welchen Stellenwert hat nach so vielen internationalen Stationen in Zukunfts Oberbayern?

Wir arbeiten daran, dass es die Num-mer 1 wird. Wir ziehen demnächst ins Nachbardorf Bernried. Den Namen meines Sohnes haben wir schon rich-tig gewählt: Joseph. Wir werden über-all freundlich empfangen. Die Woh-nungssuche war unkompliziert – so-gar einen Kindergartenplatz haben wir schon. Hier fehlt mir nur der eigene Weinberg. ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Reinhold Michels in der RHEINISCHEN POST vom 21. April 2008:

Ärzte als Tellerwäscher

Von dieser Tellerwäscher-Karriere hätte Deutschland profitieren können. Hätte. Denn das Rennen um den hochqualifizierten Mediziner aus Sarajevo machten am Ende die USA. Klaus J. Bade, Migrationsforscher an der Universität Osnabrück, erzählte am Wochenende bei einer Tagung der Politischen Akademie in Tutzing eine traurige Geschichte aus dem selbst ernannten Einwanderungsland Deutschland. Der Anästhesist aus Sarajevo war in den 90er Jahren mit deutscher Hilfe aus dem Kriegsgebiet seiner Heimat nach Deutschland gekommen. Da die bürokratischen Hürden zur beruflichen Anerkennung hoch waren, arbeitete der Facharzt nicht in der Klinik, sondern im Imbiss, als Tellerwäscher. Er tat das so lange, bis ein Amerikaner auf den Fehlbeschäftigen aufmerksam wurde und ihn mit Erfolg nach Florida lockte. Dort konnte der Arzt als Arzt arbeiten.

Bade, einer der renommiertesten Migrationsforscher, nannte das ein Beispiel dafür, wie wir „in unserem überregulierten Wohlfahrtsstaat“ immer wieder „zugewandertes Humankapital“ verschleudern. Den Schaden hat die deutsche Volkswirtschaft. Das Fehlen qualifizierten Personals, konkret: hauptsächlich von Ärzten, Ingenieuren und sonstigen Technikern, kostet das Land nach wissenschaftlichen Untersuchungen jährlich 20 Milliarden Euro. Bade: „2007 sind nur noch 466 Wissenschaftler und wirtschaftliche Führungskräfte aus Nicht-EU-Staaten zum Zweck unbefristeter Zuwanderung eingewandert. Wenn wir nicht umgehend gegensteuern, fehlen uns bis 2014 nach seriösen Schätzungen 100 000 Ingenieure und Naturwissenschaftler.“ ...

(Siehe Bericht Seite 24)

Stefan Fössel im FRÄNKISCHEN TAG vom 29. April 2008:

Wie es Obertrubach in die Schlagzeilen schafft

„„Das Bild der Politik in der Gesellschaft ist von der Berichterstattung geprägt“, stellte Koschyk in Thurnau fest. „Wir sind aufeinander angewiesen, die Medien wollen über die wichtigen Themen berichten und wir nicht im Verborgenen wirken.“ Es sei jedoch ein „Trend der Verflachung und Verrohung“ zu beobachten. Bekannte Köpfe würden zu allen Themen befragt, Fachpolitiker immer seltener. Medien lassen sich nach Einschätzung Koschyks auch leichter als früher instrumentalisieren: „Als ich im Januar 2007 in einem Gasthaus in Obertrubach saß, hätte ich den Ort mit einem Anruf in die Schlagzeilen bringen können. Ich hätte nur die Deutsche Presse-Agentur anrufen und den Rücktritt Stoibers fordern müssen.“

Das in den Diskussionen am häufigsten genannte Medium war die „Bild“-Zeitung, die keinen Vertreter nach Thurnau schicken möchte. Für Wolf-

gang Klein, Redaktionsleiter bei „Maybrit Illner“, ist sie „das einzige kampagnenfähige Medium, dem wir leider alle sehr stark folgen.“ Auch in der Politik gebe es einen Wettlauf um die populärsten Positionen. „Die Politik verliert unter dem Druck der großen Buchstaben ein Stück ihrer Souveränität“, sagte Peter Frey, Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios Berlin. ...

... Der SPD-Landesvorsitzende Ludwig Stiegler lehnte es ab, Talkshows als „Ersatzparlament“ zu bezeichnen, denn „dort wird geplaudert, nicht um Entscheidungen gerungen“....

... Was ohne eine solche Aufbereitung passieren kann, wusste der sonst sehr medienversierte Stiegler zu berichten: „Wir saßen im Ausschuss und diskutierten, aber nichts drang nach draußen. Und als wir nach Monaten stolz unsere Ergebnisse präsentieren wollten, hat sich keiner dafür interessiert.“

(Siehe Bericht Seite 14)

Matthias Drobinski in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 31. Mai 2008:

Schäuble will weniger Geheimdienst-Kontrolle

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bezweifelt, dass die in der Bundesrepublik praktizierte Kontrolle der Geheimdienste sinnvoll ist. „Parlamentarische Transparenz ist manchmal der falsche Weg“, sagte Schäuble auf einer Tagung der Politischen Akademie Tutzing; wenn andere Geheimdienste nicht mehr mit den Deutschen zusammenarbeiten wollten, erweise man „der Freiheit einen Bärenstein“. In einer globalisierten Welt könne ein Staat nicht mehr zwischen innerer und äußerer Sicherheit unterscheiden. Deshalb müsse auch die Bundeswehr Aufgaben im Innern übernehmen, deshalb sei auch ihr Afghanistan-Einsatz gerechtfertigt. Zuneh-

mende Schwierigkeiten habe er damit, dass ein Terrorist den gleichen Schutz des Grundgesetzes genießen solle wie jeder Bürger. Nachdrücklich trat der Innenminister für den Dialog mit dem Islam ein. Nur mit Offenheit könnten Menschen für die Demokratie gewonnen werden.

Hans-Jürgen Papier, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sagte dagegen, dass „nicht alles, was technisch möglich sei“ dem Staat auch zur Verfügung stehen müsse. Den Herausforderungen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität müsse „mit rechtsstaatlichen Mitteln“ begegnet werden.

(Siehe Bericht Seite 3)

Evi Paleczek im STRAUBINGER TAGBLATT vom 3. Mai 2008:

Talkshows als Ersatzparlament?

... „Hier werden die Politiker der verschiedenen Parteien an einen Tisch gebracht und dazu gezwungen, sich zu unterhalten“, so Stiegler. „Im Bundestag leben die Vertreter unterschiedlicher Parteien mehr nebeneinander her, als dass sie miteinander reden.“ Im politischen Alltag habe man meist nur mit Parteikollegen zu tun. Die Talkshows dienten in hohem Maß dazu, dass sich Politiker parteiübergreifend kennenlernen und Kontakte knüpfen. Vor allem die Zeit nach einer Talkshow, in der die Teilnehmer noch zusammensitzen und weiterdiskutieren würden, sei dafür sinnvoll. „Wenn der gute Wille da ist, merkt man bei solchen Gesprächen oft, dass es mehr Gemeinsamkeiten gibt, als vorher gedacht und man bei einem Problem durchaus auf einen gemeinsamen Nenner kommen könnte.“

Ein weiterer Vorteil von Talkshows ist, laut Stiegler, deren große Reichweite, die den Politikern die Möglichkeit gebe, so viele Menschen zu erreichen, wie sie es ohne dieses Forum nie könnten. Da ihre Redezeit begrenzt sei, seien die Politiker zudem gezwungen, die Komplexität von Themen zu reduzieren und diese auf den Punkt zu bringen. „Diese Art der Zuspitzung kann keine Parlamentsdebatte leisten“, meinte Stiegler. „In den Talkshows müssen die Politiker wirklich Farbe bekennen.“ Und das, ohne sich vorher genau vorbereiten zu können. Reden im Bundestag seien gut überlegt und daher inszeniert, in Talkshows seien die Politiker gezwungen, ohne Redemanuskript zu diskutieren.

Einen Einfluss der Sendungen auf die Politik will Stiegler nicht kleinreden. Politische Themen würden vor allem von Fraktionen und im Parlament aufgeworfen, jedoch könnten auch Medien Themen aufgreifen und die Politik

„zwingen“, sich damit auseinanderzusetzen. Zudem sei es immer wieder der Fall, dass Themen in den Medien so intensiv behandelt würden, dass die Politik schneller und in höherem Maß darauf reagieren müsse, als eigentlich vorgesehen.

Dennoch betont auch Wolfgang Klein, Redaktionsleiter bei „Maybrit Illner“, dass er noch nie jemanden getroffen habe, der Talkshows als Ersatzparlamente bezeichnete. Seiner Meinung nach dienten sie vor allem der Vorstellung von politischen Persönlichkeiten und ihren Standpunkten. Tief gehende Hintergrundinformationen fehlten teilweise, dafür seien andere Sendungen geeigneter.

Die oft heißen Debatten in Talkshows hätten einen großen Unterhaltungs-

wert, der gut ankomme. „Das Durcheinanderreden, die Disziplinlosigkeit in Talkshows wird zwar von vielen angeprangert, hier unterscheidet sich aber, was sie wirklich wollen“, so Klein. „Die aggressiven und undisziplinierten Diskussionen werden am meisten gesehen.“ Die Moderatoren hätten hier auch gar nicht viele Möglichkeiten, kontrollierend einzuwirken und müssten die Dabatten einfach laufen lassen. Wichtig sei ihm bei den Sendungen immer, dass Politiker nicht bewusst vorgeführt würden, so Klein. Wenn Politiker nur schlecht dargestellt würden, müsste sich niemand wundern, wenn die schon in hohem Maß vorhandene Politikverdrossenheit immer mehr zunehme.

(Siehe Bericht Seite 14)

Heike Schwandt im NORDBAYERISCHEN KURIER vom 1./2. Mai 2008:

„Wer sich informieren will, soll lesen“

... „Alles, was wir als Endverbraucher über Politik wissen, wissen wir aus den Medien“, gab Tagungsleiter Michael Schröder in seiner Begrüßungsrede zu bedenken. Es stelle sich die Frage, ob Politiker „von den Medien getrieben“ werden, denn immer sei „irgendwo eine Wahl am Horizont“. Darstellung und Unterhaltung werde auch im Bereich der Politik immer wichtiger, wie der Wirbel um das Dekolleté Angela Merkels in der Osloer Oper zeige.

Bei der „Bild“-Zeitung verwische die Trennung von Nachricht und Meinung immer mehr, berichtete Kommunikationswissenschaftler Carsten Reinemann von der Universität Mainz. Auch wenn die Bewertung des politischen Spektrums „verblüffend ausgewogen“

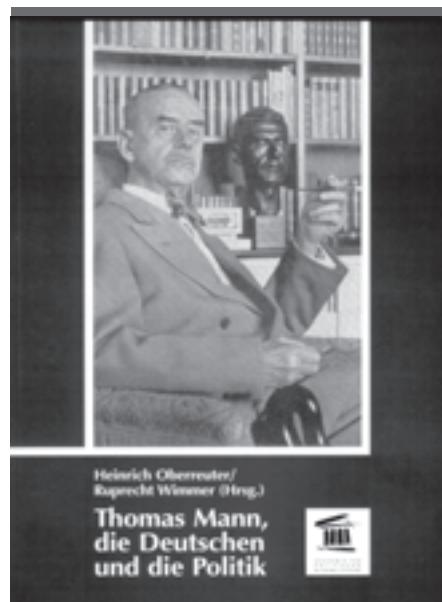
sei, so könne über einen „antipolitischen Effekt“ als eine der Folgen dieser Art der Berichterstattung nicht hinweggesehen werden. Die Kontrastierung von Politikern versus Normalbürger fördere die Politikverdrossenheit und eine negative Grundeinstellung gegenüber Politikern. Von der „Bild“-Chefredaktion war niemand der Einladung zur Thurnauer Tagung gefolgt.

Die provokante Frage, ob Fernseh-Talkshows zum Ersatzparlament würden, verneinte der bayerische SPD-Chef und Landesgruppenvorsitzende Ludwig Stiegler. Für den Transport politischer Ansichten zu den Bürgern seien sie sogar unverzichtbar, weil sie viele Menschen erreichten. ...

(Siehe Bericht Seite 14)



Karl Ulrich Gelberg:
„Eine Existenzfrage unserer Demokratie“
Die Gründung der Akademie für Politische Bildung
109 S., Olzog Verlag München 2007
Internet: <http://www.olzog.de>
ISBN: 978-3-7892-8255-3
Gedruckt mit Unterstützung des Förderkreises
der Akademie für Politische Bildung e.V.
(nicht im Buchhandel erhältlich)



Heinrich Oberreuter / Ruprecht Wimmer (Hrsg.):
Thomas Mann, die Deutschen und die Politik
115 S., Akademischer Verlag München 2008
ISBN: 978-3-940732-03-3

Dokumentation einer Tagung aus dem Jahr 2007 mit Beiträgen von:

Dirk Heißerer	Heinrich Oberreuter
Willi Jasper	Rudolf Vaget
Ulrich Karthaus	Ruprecht Wimmer
Hans Maier	Hans Wißkirchen



Institut für Wirtschaftsforschung Halle - IWH/
Akademie für Politische Bildung (Hrsg.):
Drittes Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung
60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten
Welt - Beiträge zur Tagung 2007 in Tutzing -
140 S., ISBN: 978-3-930963-92-8

Entspricht das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft noch den Anforderungen einer „Menschenwürdigen Wirtschaftsordnung“? Müssen wir die wirtschaftsethischen Fundamente unseres Wirtschaftssystems aufgeben bzw. neu bestimmen? Wie können wir eine humane Wirtschaftsordnung definieren und welche Konsequenzen hat dies für die konkrete Wirtschaftspolitik? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Tagungsreihe „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ der Akademie für Politische Bildung Tutzing, die zum dritten Mal in Kooperation mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle und mit Unterstützung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Juni 2007 in Tutzing stattfand.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

36-1* 1. – 4. September

Bedrohungen für die Weltwirtschaft

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-2* 1. – 4. September

Terrorismus und islamischer Fundamentalismus

In Zusammenarbeit mit der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung

Leitung: Saskia Hieber / Jörg Zelt

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-5* 4. – 9. September

Deutsch-russische Fachtagung

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

37-2* 8. – 10. September

Empirische Forschung zum historischen Lernen

Empirical Research on History Learning

Recherche empirique sur l'apprentissage de l'histoire

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik

Leitung: Michael Spieker / Elisabeth Erdmann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-3 11. – 14. September

Sommerakademie – Nachwuchstagung ASIEN

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-4* 12. – 14. September

Conflict and Consensus: German Politics and Society in Transition

In Zusammenarbeit mit der Political Studies Association

Leitung: Michael Spieker / Gerd Strohmeier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1* 17. – 19. September

China und Indien – Weltmächte oder taumelnde Riesen?

In Kooperation mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern e.V.

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

38-3 19. – 20. September

„Medien-Lust und Medien-Nutz“

Trends bei Service- und Ratgebersendungen im Fernsehen

In Zusammenarbeit mit dem Münchener Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Walter Hömberg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

39-4 22. – 26. September

Mit spitzer Feder

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Helmuth Rücker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

39-5* 22. – 26. September

Fakultaserwerb Sozialkunde I/4: Soziologie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-3 26. – 28. September

Vom Volkszählungsurteil zum virtuellen Exhibitionismus:

Wertewandel des Datenschutzes

In Zusammenarbeit mit der Hochschule München, Fakultät für Informatik und Mathematik

Leitung: Gero Kellermann / Rainer W. Gerling

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

39-6* 28. September – 1. Oktober

Politische Bildung in Deutschland und Korea im Vergleich

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Christoph Müller-Hofstede

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Oktober

41-1 6. – 10. Oktober

Urbanisierung und Stadtentwicklung in Südosteuropa

vom 19. bis zum 21. Jahrhundert

47. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-3 10. – 12. Oktober

Die USA vor der Wahl

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Landesverband Bayern der DVPB

Leitung: Saskia Hieber / Michael Schröder / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-1* 13. – 17. Oktober

Sozialpraktische Grundbildung und Sozialkunde am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-2* 13. – 17. Oktober

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Gero Kellermann / Günter Grunick

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

42-3 17. – 18. Oktober

Mehr oder mehr gute Arbeit? – Erfahrungen in anderen Ländern und Konsequenzen für Deutschland

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung und dem Osteuropa-Institut

Leitung: Wolfgang Quaisser / Regina Konle-Seidl / Ulrich Walwei
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

43-3* 20. – 24. Oktober

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien: II/1

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

43-4* 21. – 23. Oktober

Politische Bildung für Einheitsführer der Luftwaffe

In Zusammenarbeit mit der Offizierschule der Luftwaffe und dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Leitung: Saskia Hieber / OTL Karl Sedlmaier / Horst Schmidt

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-2 24. – 26. Oktober

Politik im Spannungsfeld von Religion und Ökonomie

Leitung: Heinrich Oberreuter / Hendrik Hansen / Marcel van Ackeren

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

44-1* 27. – 29. Oktober

Zwischen Prävention und Repression: Konzepte und Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft/Landesverband Bayern (DPoIG)

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

44-2 27. – 31. Oktober

Mit Foto, Film und Feder: Crossmedialer Journalismus

Videoworkshop für Zeitungsvolontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Helmuth Rücker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

44-4* 29. – 31. Oktober

Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos –

Kulturhistorische Interdependenzen und ideengeschichtliche

Entwicklungen in Westeuropa und den USA

In Zusammenarbeit mit dem Amerika-Institut der Universität München

Leitung: Saskia Hieber / Michael Hochgeschwender

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

N o v e m b e r

45-2 7. – 9. November

Die sozialen Bewegungen von „68“ – global gesehen

Leitung: Heinrich Oberreuter / Jürgen Gebhardt

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

45-4 8. November

Wozu brauchen Familien den Staat?

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außenveranstaltung in Augsburg

46-1* 10. – 11. November

Schichten, Milieus, Generationen – Konsumtrends und Verbraucherschutz heute und morgen

In Kooperation mit dem VerbraucherService Bayern im KDFB e.V.

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-2 10. – 13. November

Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-4 14. – 16. November

Spielräume – Reformen in der Demokratie

Leitung: Stefan Köpl

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

47-1* 17. – 21. November

Recht und Gerechtigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte beim Symposium zum 60. Jubiläum von Rheinland-Pfalz an der Universität Koblenz-Landau über Landesparlamentarismus aus nationaler und europäischer Perspektive, bei Expertenkonferenzen in Cadenabbia über Politik im Fünfparteiensystem, in Wildbad Kreuth über Politikberatung, in Lingen über die Zukunft der Parteidemokratie, in Bamberg über Risikowahrnehmung in der Öffentlichkeit, in München über die Entwicklung der Parteienlandschaft und ihre Auswirkung auf die Soziale Marktwirtschaft.

„Politisches Handeln und Wertorientierung in 60 Jahren Bundesrepublik“ lautete der Festvortrag in Berlin zum 80. Geburtstag von Hanna-Renate Laurin.

Bei einer deutsch-russischen Historikerkonferenz in Moskau zum Schlüsseljahr 1948 sprach er über verfassungspolitische Weichenstellungen. In Ankara nahm er an der türkisch-deutschen Sicherheitskonferenz teil, am Dartmouth College in New Hampshire an der Sitzung des Advisory Board.

BEIRAT

Prof. Dr. Gerhard Stockinger MdL ist mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt mehrere Vorträge über China, so an der NATO Schule in Oberammergau, bei der Ringvorlesung „Internationale Politik“ an der Universität Regensburg, vor der China-Stiftung „ex oriente“, im Rahmen der vom Beiratsvorsitzenden K. Heinz Eisfeld organisierten Veranstaltungsreihe „Ottomane“, an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, beim Bildungswerk Rosenheim und beim Seminar „Chinamanager“ des Chinaforums Bayern e.V.. Vor dem Beirat der Akademie gab sie einen Bericht über die aktuelle Lage in China und Tibet.

Stefan Köppl referierte in München, Bonn, Köln und Passau über den Ausgang der Parlamentswahlen und die aktuelle politische Lage in Italien sowie in der Wies über die Prinzipien der Politik in der Demokratie.

Dr. Michael Spieker hielt beim „Pommersfeldener Kreis“ einen Vortrag mit dem Titel „Kein kleiner Unterschied. Zur Logik von Selbstunterscheidung und Selbstbehauptung“.

KURATORIUM

Auf der Sitzung des Kuratoriums am 9. April sind **Prof. Dr. Hans Maier** als Vorsitzender und **Prof. Ursula Männle MdL** und **Wolfgang Hoderlein MdL** als seine Stellvertreter einstimmig in ihren Ämtern für vier weitere Jahre bestätigt worden.

Daniela Philippi, Leiterin der Landespolitik im BR-Hörfunk, ist von Wirtschaftsministerin Emilia Müller für ihre Verdienste um die Wirtschaft in Bayern mit der Staatsmedaille ausgezeichnet worden.